

AufwärtS

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.85 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67577.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile über deren Raum 10 Zeilen,
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 55 s je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67577.

Nr. 237.

Vielefeld-Bethel (Verlagsort Vielefeld), Sonnabend, den 10. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Einigkeit könnte viel helfen. Ach, daß wir Deutschen
auch treulicher beieinander stünden! Luther.

Volkspolizei!

Die Vertrauenskrise der preußischen Polizei.

Es bedeutet ein heißes Eisen anfassen, dieses Thema anzuschneiden. Aber man kann an diesen Dingen nicht vorbeigehen, will man nicht Vogel-Strauß-Politik betreiben. Wenn ich zu diesem Thema Stellung nehme, so geschieht es nicht vom parteipolitischen Standpunkte aus, noch weniger, um einer heute wenig beliebten und stark umkämpften Richtung „etwas am Zeuge zu flicken.“ Ich berufe mich auf Cassale denen gegenüber, die aus jeder Kritik an Staatseinrichtungen „Staatsfeindschaft“ konstruieren — auf sein Wort: „Ausprechen, was ist.“

Was ist mit der Polizei?

Ich habe vor Monaten in einem Artikel, diese Frage streifend, mich auf den Artikel eines Polizeihauptmanns unter genauer Quellenangabe berufen (Der Deutschen Spiegel, Berlin), der auf Bestrebungen hinwies, die Polizei parteipolitisch zu zerlegen und zum Machtinstrument der Parteien zu machen. Die in jenem Artikel geschilderten Vorgänge zeigten den stillen, aber zähen Kampf sowohl der SPD als auch des Zentrums, an Boden zu gewinnen, wobei der SPD der Vorrang gebührt, gestützt auf die Machtpositionen, die sie, speziell in Preußen und Hamburg, inne hat. Inzwischen sind viele Vorgänge bekannt geworden, die — aller Parteitagitation entkleidet — dem Bürgertum doch die Frage aufnötigen: Polizei, wohin gehst du?

Die Königsberger Vorgänge sind noch in aller Erinnerung. Der auch im „Aufwärts“ wiedergegebene Brief des Schriftstellers Hans Grimm, ein „Offener Brief“ an den Herrn Reichspräsidenten, hat mehr Beachtung im In- und Auslande gefunden, als man gemeinhin annimmt. Um so weniger befriedigend die Tatsache, daß dieser „Offene Brief“ keine öffentliche Antwort fand. Es handelte sich damals um das Vorgehen der Königsberger, also der preußischen, Polizei gegen eine Ovation, die Dr. Goebbels und Prinz August Wilhelm gebracht wurde, ein Vorgehen, das heftige Empörung auslöste, weil es für überspannt erachtet wurde. Grimm spricht vom Amoklaufen der Polizei.

Inzwischen liegen Berichte über eine Reihe von Einzelfällen vor, die zum Teil auch vor Gericht erörtert wurden. Der bekannte Rechtsanwalt Dr. jur. Rüdiger von der Goltz führt sie in seinem Buch „Tribut-Justiz“ an. Der bekannteste ist jener des Major Heinrich, dessen eigenartiges Vorgehen beim Räumen der Straßen und Plätze vor dem Reichstagsgebäude vor Gericht beleuchtet wurde. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein verantwortungsbewußter und einer höheren Bildungsschicht angehöriger Polizeioffizier sich soweit vergessen konnte, einen völlig Wehrlosen und vor allem Harmlosen derart zu traktieren. Der Fall kann, da die Presse ihn nicht totzuschweigen vermochte, als bekannt vorausgesetzt werden. Die Verwiesung derartiger Fälle und Uebergriffe berechtigt zur Kritik. Ich habe mir niemals genügen lassen, Zeitungsschilderungen als bare Münze hinzunehmen, wenn mir die Gelegenheit zur Nachprüfung gegeben war. In den Hamburger Aufrührertagen (sogenannte Hungerdemonstrationen Februar 1930) hatte ich mehrfach Gelegenheit, das Vorgehen der Polizei zu studieren. Ich bringe der schwierigen Lage der Polizei volles Verständnis entgegen und würdige den aufopfernden Dienst der Polizei. Wenn ich mir aber das Vorgehen der Besatzung eines Streifenwagens vorstelle, das Vorgehen gegen einen angenommenen „Feind“, der aus Neugierigen und Straßenspassanten bestand, dann erinnert mich das immer an den Sturm auf eine Erdbefestigung während des Krieges, so kriegspsychologisch erschienen mir die Schreie der Polizisten: „Straße frei“. Daß ich selbst bei solchen Gelegenheiten das Laufen lernen mußte und daß ich selbst mit dem Gummiknüppel in unliebsame Berührung kam, hat mich weiter nicht verbittert, denn ein Studium läßt sich eben nicht ohne Lehrgeld treiben.

Ich glaube, daß der Blick der Polizei so geschärft sein mußte, daß sie sofort wirkliche Unruhestifter und Gezer von Harmlosen auseinander zu halten vermag. Der Erfolg jener von mir erlebten Aktionen war der, daß die wirklichen Unruhestifter aus sicherem Port heraus ihr Treiben fortsetzen konnten, während die Polizei Staatsbürger die Straße entlang trieb, die jederzeit für Ruhe und Ordnung eintreten. Erfolg: Verärgerung, Mißtrauen und aufkeimender Haß bei denen, die sich ungerecht behandelt fühlten.

Der Fall Pohl, der eben erst vor Hamburger Gerichten verhandelt wurde, zeigt jedoch recht deutlich, daß die Parteipolitisierung der Polizei recht erhebliche Fortschritte gemacht hat. Es wurde gerichtsnotorisch festgestellt, daß Polizeibeamte, die Mitglieder der Organisation Reichsbanner und der SPD waren, sich verpflichtet fühlten, insgeheim ihre Kameraden von der Polizei hinsichtlich ihrer politischen Einstellung zu überwachen und Berichte „nach oben“ weiter zu geben. Ich begnüge mich mit dem vom und vor dem Gericht gemachten Feststellungen, die für sich selbst sprechen:

„Es wurde festgestellt, daß eine Ueberwachungsstelle bei der Staatspolizei bestand, deren Aufgabe die Ueberwachung der politischen Haltung der Beamten war.“

Es ist festgestellt, daß die Angaben von Kameraden, die dem Reichsbanner und der SPD angehörten, genügten, um „verdächtige“ Beamte beschatten zu lassen. Daß auch mal an Stelle des Beschuldigten irrtümlich ein anderer Beamter überwacht wurde, sei nur nebenbei erwähnt.

Der Verteidiger Pohls stellte unter Nennung von Namen fest, daß jenem Ueberwachungskommando bezw. Feststellungskommando durchweg Beamte zugeteilt waren, die der SPD und dem Reichsbanner angehören. Wie ist da Objektivität möglich?

Es wird weiter festgestellt, daß Polizeibeamte, und nicht nur Parteianhänger, sondern auch parteipolitisch neutrale Beamte zur Teilnahme an einem Reichsbannerfackelzug kommandiert wurden, um diesem Zuge einen besseren Eindruck zu verschaffen, bezw. das Ansehen einer größeren Stärke zu geben.“

Es wird weiter erörtert, daß ein Polizeihauptmann, dem gewisse Vorgänge zu Ohren kamen und der darin eine Spizelei und Denunziation erblickte und darum einmal seinen Leuten eine Standpauke hielt — Denunziationen und Bespitzelungen verurteilend — strafverurteilt worden ist, nachdem ein Polizist, der dem Reichsbanner angehörte, auch diese Standpauke nach „oben“ gemeldet hatte. Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf. Wenn früher beim Militär ein Hauptmann jemals versucht hätte, einen Uebelthäter aus der Korona herauszufinden, er würde sich die Zähne ausgebissen haben. Die ganze Kompanie exerzierte nach — stundenlang, wenn es sein mußte. Aber der Schuldige wurde nicht genannt. Und der Hauptmann schmunzelte ob des Korpsgeistes seiner Leute. Angeberei galt als Gemeinheit ersten Ranges. Heute soll ein Polizeihauptmann es nicht einmal wagen dürfen, seiner Mannschaft ins Gewissen zu reden, ohne befürchten zu müssen, daß parteipolitische Einflüsse am Werke sind. Welche Wandlung!!

Das untergräbt jede Disziplin, macht die Polizeioffiziere zu Beamten, die den Mantel nach der jeweiligen vorherrschenden parteipolitischen Richtung hängen und untergräbt den Geist der Geschlossenheit, der Kameradschaft, zieht Schutter und Streber.

In der Begründung des Gerichtes heißt es: „Dieses (gegen Pohl) eingeleitete Disziplinarverfahren ist dem Angeklagten nicht gerecht geworden. Die Art und Weise der Bespitzelung ist nicht zu billigen.“ Die Linkspresse heult auf ob dieser Feststellung.

Deutlicher kann wohl keine Urteilsbegründung die Dinge aussprechen, wie sie sind. Es heißt nicht für Pohl Stellung nehmen. Es geht hier um die unbedingte Objektivität der Staatseinrichtungen. Und wo das Gericht gesprochen hat, darf der Kritiker sich wohl das Recht nehmen, den Finger auf die Wunde zu legen. Kann man sich noch wundern, wenn gutgemeinte politische Notverordnungen da und dort einseitig, das Gefühl des Ressens mit zweierlei Maß hervorruft, angewandt wurden? Wie kann ein Polizeibeamter, der nebenher noch Mitglied der SPD oder des Reichsbanners ist, objektiv bleiben, wenn z. B. ein Zusammenstoß zwischen dem Nationalsozialisten und dem Reichsbanner stattfindet? Es geht über Menschenvermögen, in einem Augenblick, in dem Genossen und Organisationskameraden sich im Streit mit politischen Gegnern befinden, ganz objektiv, ganz gerecht zu bleiben. Niemand wird einem partei- und organisationsmäßig gebundenen Polizeibeamten soviel Objektivität abfordern dürfen. Daß ein der Gesamtheit verantwortlicher Exekutivbeamter überhaupt in solche Gewissenskonflikte gebracht werden kann, das ist es, was zu verurteilen ist. Und das ist Schuld des Systems, das ohne nähere Erläuterungen und Begründungen in „Staatsbewußte“ und „Staatsfeinde“ scheidet.

Nach dem Ausgang der Hamburger Wahlen würden sich also mehr als die Hälfte aller Hamburger Staatsbürger zu „Staatsfeinden“ bekennen, weil sie den Flügelparteien ihre Stimme gaben. Nach dem demokratischen

Grundgesetz von der Mehrheit ist also die Front der „Staatsbewußten“, die kleinere, in der Minderheit. Nach eben diesem Grundgesetz ist dann also die Front der „Staatsfeinde“ zur Mehrheit geworden.

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß man mit der Unterscheidung „Staatsbewußte“ und „Staatsfeinde“ recht vorsichtig sein muß, um so mehr, als es der solide, aber um seine Existenz und gegen seine Proletarisierung kämpfende Mittelstand ist, der heute nach der bisher beliebten Definition sich zur Staatsfeindschaft bekennen würde. Kampf gegen den „Staatsfeind“ rechts bedeutet also heute nicht mehr Kampf gegen eine radikale Minderheit, sondern Kampf gegen den Mittelstand schlechthin, der seine politische Vertretung in den beiden am weitesten rechts stehenden Parteien sieht.

Man sollte endlich aufhören, mit dem Begriff „Staatsfeind“ zu arbeiten. Die Walze ist reichlich abgebraucht und es wird immer deutlicher sichtbar, daß der „Staatsfeind“ dem „Parteifeind“ gleichzusetzen ist. Heute geht es aber nicht um Parteien, sondern um die Nation. Macht endlich Schluß mit der das Rechtsgefühl verwirrenden Definition vom „Staatsfeind“!

Die Polizei verlangt Vertrauen und Unterstützung. Wie kommt es, daß die Polizei so oft darüber Klage führen muß, daß sie in Ausübung ihres schweren Dienstes von der Bevölkerung nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar gehindert wird? — Liegt nicht ein gut Teil Schuld eben an der Polizei und ihrem Verhalten, an dem Mißtrauen, das man ihr entgegenbringt? — Und scheint dieses Mißtrauen nicht in etwa gerechtfertigt, wenn, wie hier in Hamburg, festgestellt werden muß, daß auch in dieser lebenswichtigen und staatsnotwendigen Organisation die Parteizugehörigkeit nicht ohne Einfluß ist? —

Der Reichsinnenminister hat — wir erinnern an seinen Kampf gegen Thüringen und an den versuchten Kampf gegen Braunschweig — versucht, die Ueberparteilichkeit der Polizei sicherzustellen. Er hat aber bisher, so viel man hört, die Vorgänge in Hamburg, auf die er verschiebentlich, bereits vor Jahresfrist aufmerksam gemacht worden ist, nicht zum Anlaß genommen, in ähnlicher Weise an Hamburg heranzutreten und die Forderung nach Ueberparteilichkeit der Polizei gestellt. Vielleicht wäre dann jener verhängnisvolle Schuß eines Pathologen unmöglich gewesen.

Man könnte vielleicht einwenden, daß Reichsbanner und SPD „staatsbewußt“ seien. Staatsstreue wird erst erprobt, wenn man einmal in der Minderheit ist, etwa wie jetzt der Mittelstand. Die Entscheidung reift heran, in der die SPD zu beweisen hat, ob sie ihre Partei- und Klassenforderungen den Interessen der Gesamtheit untergeordnet versteht. Erst dann wollen wir das bis jetzt zurückgehaltene Urteil aussprechen.

Es ist leicht, Staatsstreue zu üben, wenn man im Besitz fast aller Machtpositionen ist und den Vorteil des Machtwechsels seit 1918 auszukosten in der Lage war. Schwerer aber ist es, dem Staate die Treue zu halten, wenn man — wie der Mittelstand heute — politisch in seinen Rechten stark beeinträchtigt, wirtschaftlich vor der Auflösung der Existenz seines Standes steht.

Die Forderung aller Verständigen und Gutwilligen ist: Die Polizei muß entpolitisiert werden, wenn man sie nicht zur Volkspolizei zu machen vermag, in der alle Weltanschauungen vertreten sind, alle aber unterworfen dem eisernen Gesetz der Unterordnung unter die Staatsnotwendigkeit, die mit dem Parteinteresse nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Die Stärke der alten Armee ruhte auf dieser Unterordnung der Berufs-, Partei- und Weltanschauungsinteressen unter die Staatsnotwendigkeiten. Darum auch hatte der Träger des grauen Rockes selbst in Arbeiterkreisen Achtung. Das Volkssheer löste die sozialen Spannungen nicht nur während der Dienstzeit auf. Die Erinnerung hielt noch lange, sehr lange nach. Man blieb Kamerad, welcher Bildungs- und Standeschicht man auch im zivilen Leben angehören mochte. Die alte Armee war Volkssheer und darin lag ihre Ueberparteilichkeit begründet. Polizei als Machtinstrument einer Partei oder einer Koalition, die nur die Weimarer Parteien umfaßt, ist das Machtmittel eines Parteienstaates. Wir aber wollen eine Polizei als Machtmittel des Staates. Nur so kann sie Freund und Diener des Volkes sein, wie sie es nach dem Anspruch eines preußischen Ministers sein soll. Ist sie das, dann wird der Gummiknüppel, jenes Prügelinstrument, dessen überhäufte Anwendung einer Kulturnation unwürdig ist, bald unnötig sein. Achtung und Vertrauen ersetzen ihn. Sie schaffen dem schweren und aufopfernden Dienst der Polizei Erleichterung. J. V. A.

„Audiatur et altera pars!“

Deutschlands Schulen in der Krise.

Der Artikel von Dr. E. Tg. „Lehrerschaft und Notverordnungen“ enthält schwere und dabei ungerechte und unfaßliche Angriffe auf die gesamte Lehrerschaft. Das Bedauerlichste dabei ist, daß der Schreiber durchblicken läßt, als Fachmann zu sprechen. So werden die Ausführungen, trotzdem sie in den Hauptpunkten sachlich falsch sind, Waffen für das Arsenal der Freunde des allgemeinen Kulturabbaus liefern und fordern somit zur Abwehr heraus.

Es soll Herrn Dr. Tg. darin recht gegeben werden, daß die Art der Polemik mancher Fachreife gegen die Notverordnung unglücklich ist, weil sie oft viel zu wenig von der allgemeinen Volksnot und der Not der Jugend ausgeht. Selbst im härtesten Existenzkampf soll der Lehrer nicht vergessen, daß er nicht um seiner selbst willen, sondern der Jugend wegen da ist und wirkt. Die mit Zitaten geschmückten Ermahnungen und Vorhaltungen, die einzelne Entgleisungen verallgemeinern, muß jedoch eine Berufsgruppe, die sich wie keine andere mit dem nicht mit einer Parteigruppe identischen Staat verwaschen fühlt, durchaus als unberechtigt, ungerecht und verbitternd zurückweisen. Was berechtigt Herrn Dr. Tg. z. B. zu folgendem Satz: „Wir sollten als Volks- und Jugendbildner für den Staatsgedanken, der in schwerer Krise sittlich wie wirtschaftlich um seine Existenz ringt, doppelt arbeitend und schweigend in der Stunde der Not auf dem Posten stehen und nicht als Konjunkturpädagogen um Gehalt und Stundenzahl markieren, protestieren und feilschen.“ Wer derartige Worte gebraucht, müßte die Berechtigung dazu beweisen. Ein Zeitungsartikel oder gelegentliche Äußerungen des Unmuts dürften dazu nicht hinreichend sein, um schärfere Wendungen zu vermeiden.

Es kann dem Verfasser, wenn er Fachmann ist, kaum unbekannt sein, daß z. B. die Philologen seit 1924 dauernd Mehrbelastungen hinnehmen mußten, die im Zeichen der Not willig ertragen werden. Proteste gegen Belastungen erfolgen aus Rücksicht auf die Jugend da, wo die Grenze des Tragbaren überschritten ist und wo Versuche erkennbar sind, Notmaßnahmen als Dauermaßnahmen zu verewigen. Ist es Herrn Dr. Tg. nicht bekannt, welche Arbeitsleistung für jeden einzelnen im Beruf die Durchführung der Schulreform bedeutet, bei gleichzeitiger Erhöhung der Klassenfrequenz, Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Vermehrung der Korrekturen, Einführung der Schülercharakteristiken u. a. m.? Die Gesundheitsstatistik im Studienratsberufes redet eine deutliche Sprache. Glaubt der Verfasser, daß so viele Kollegen zusammenbrechen oder vorzeitig verabschiedet sind, weil sie ihre Pflicht nicht getan haben? Die Proteste gegen die letzte Notverordnung, das sollte Herrn Dr. Tg. bekannt sein, sind im Interesse unserer Jugend und aus Verantwortungsbewußtsein erfolgt. Was soll die Jugend mit zermürbten Lehrern?

Die Tatsache, daß viele hundert Studienassessoren entschädigungslos gekündigt sind, scheint Herrn Dr. Tg. nichts auszumachen. Oder will er diese Opfer eines schematischen Abbaus mit Predigten über Pflichterfüllung vor dem feilschen Zusammenbruch, der tüchtige Lehrer zum Verzicht ungeeignet macht, erretten?

Die Volksschullehrer sind nach Meinung des Verfassers dem Staate gegenüber, der ihnen die Akademien schuf, undankbar. Wie soll ein junger Lehramtsanwärter dankbar für den Besuch der Akademie sein, wenn ihm nach erfolgter Ausbildung die Stellenlosigkeit garantiert ist? Ist ein Protest gegen die Abschneidung des jungen elastischen Nachwuchses nur ein „Marktschreien“?

Herr Dr. Tg. macht sich die Sache sehr bequem. Nach ihm sind die Proteste gleichbedeutend mit mangelnder Staatsgesinnung. Dabei ist doch bekannt, daß gerade heute Maßregelungen sehr schnell erfolgen, wenn ein Be-

amter, erst recht ein Jugendzieher, hier „entgleist“. Und trotz Beamtenhege und gelegentlicher Verbitterung lebt noch heute in der Beamtenschaft die überlieferte Staatsgesinnung, die Hingabe an den Staat, die der Verfasser für sich selbst in Anspruch nimmt. Auch die Lehrer aller Verbände haben wiederholt erklärt, daß sie willig jedes Opfer bringen — allerdings unter der Voraussetzung des Versuchs gerechter Verteilung und im Rahmen der Gesamtheit. Wenn das Zutrauen unter den Beamten und auch unter den Lehrern zu der Gerechtigkeit der Behörden im Schwinden begriffen ist, so ist das nicht Schuld der Beamten und Lehrer: Es ist zu häufig vorgekommen, daß in der Presse angekündigte Maßnahmen von Regierungsvertretern zuerst dementiert (also doch wohl zuerst als gefährlich und nicht gerecht abgelehnt) wurden und schließlich in großer Plötzlichkeit unter dem Druck einflussreicher Interessentenkreise dennoch verfügt sind. Daß die Notverordnungen unorganisch und überstürzt erfolgten, ist nicht nur von Beamtenseite beklagt worden. Einzelheiten gehören hier nicht in den Kreis dieser Auseinandersetzung. Es soll in diesem Zusammenhang nur festgestellt werden, daß die Lehrer jeder Gattung, wenn sie (abgesehen von der pädagogischen Verantwortung) in der Front der Beamtenschaft um ihre Rechte kämpfen, das nicht aus bloßem Egoismus tun, sondern gerade aus ihrer staatserhaltenden Gesinnung heraus, als Erzieher der kommenden Generation, die sich zu einem gerechten Staate bekennen will, der seine Entscheidungen unabhängig vom Gesetzwiderstandes trifft.

Dr. H. L.

Ein altes Rezept!

— Das Gold und die Weltkrise. —

Im Jahre 1901 fand die russische politische Polizei anlässlich einer Hausdurchsuchung bei einem Juden ein Manuskript in hebräischer Sprache. Man ließ es durch den Orientalisten Professor Sergei Nilus übersehen. Der Inhalt dieser Handschrift war so schmerzlich, daß die russische Regierung mehrere derselben an auswärtige Regierungen übersandte. Unter anderen auch der englischen. Und so kam die Handschrift auch in das britische Museum, wo sie am 10. 8. 06 registriert wurde. Dort ruhte die Handschrift, bis man, durch den Weltkrieg hellhöriger gemacht, sich ihrer wieder erinnerte, da sich viele wichtige Vorgänge des großen Krieges im Sinne des Inhaltes des in Rußland beschlagnahmten Manuskriptes abspielten. Die englische Zeitung „Morning Post“ brachte seinerzeit umfangreiche Auszüge aus demselben. Das Buch hat den Titel „Die zionistischen Protokolle“ erhalten. Sein Inhalt ist ein wahrhaftig auf dem 1. Zionisten-Kongress (Basel 1897) gehaltenen Vortrag, der für das spätere Handeln der Zionisten maßgeblich und bindend geworden ist. (Die zionistischen „Protokolle“ Das Programm der internationalen Geheimregierung, aus dem Englischen überseht nach dem im Britischen Museum befindlichen Original. Mit einem Vor- und Nachwort von Theodor Fritsch. Hammer-Verlag, Leipzig 13. Das Heftchen kostet nur 80 Pfennig; sein Studium kann nur bestens empfohlen werden.)

Die Welt leidet jetzt schwer unter der Weltwirtschaftskrise, Deutschland schon am längsten und am meisten! Wodurch ist sie entstanden? Wenn die Wirtschaft eine von Menschen geschaffene Einrichtung ist, so können Krisen, die diese Einrichtung heimsuchen, doch auch nur von Menschen hervorgerufen sein. Man kann sich zwar Krisen in gewissen Zweigen der Wirtschaft als vom Menschen unabhängig entstanden vorstellen. Z. B. können Krisen in der Landwirtschaft durch Missernte, verursacht durch Unwetter, trockene Sommer usw. entstehen. Aber für Weltwirtschaftskrisen können Naturkräfte niemals verantwortlich gemacht werden. Wer aber hierfür verantwort-

lich zu machen ist, das sagen uns die „Protokolle“. Hier heißt es:

„Wirtschaftskrisen zur Schädigung der Goyim (Nichtjuden. D. Vf.) haben wir (d. h. die Juden. D. Vf.) lediglich durch Zurückziehung des Geldes aus dem Umlauf hervorgerufen. Große Kapitalien wurden von uns aufgehäuft und so dem Staate entzogen, der dadurch gezwungen wurde, diese selben Kapitalien als Anleihen von uns zu entnehmen. Diese Anleihen belasteten die Staaten mit Zinsen und machten sie zu willenlosen Sklaven der Kapitalisten...“

Sie (damit wendet sich der Vortragende an die übrigen versammelten Juden. D. Vf.) werden beobachtet haben, daß die Goldwährung der Untergang jener Staaten gewesen ist, die sie einführen, denn es ist nicht möglich, die Nachfrage nach Gold zu befriedigen, um so weniger, als wir das Gold dem Verkehr so weit als möglich entzogen haben.“

Wer möchte angesichts dieses „Rezeptes“, auf Grund dessen die Weltwirtschaftskrisen in den Gisthüchen der Völkerverderber angefertigt werden, noch an der Echtheit der Protokolle zweifeln? Juda entzog uns durch seine Beauftragten am 20. 6. 31 Millionen um Millionen. Seit Mitte September ist England an der Reihe. Anscheinend braucht man dieses Land, das während des Krieges den „allerhöchsten“ Auftrag hatte, mitzuhelfen, damit Deutschland dahin kam, wo es heute ist, nicht mehr; jetzt zeigt es ihm die kalte Schulter! Auf der einen Seite eine wahnsinnige Goldanhäufung (lt. vorst. abgedrucktem „Rezept“), auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit mit all ihren traurigen Folgeerscheinungen. Sehen wir uns doch einmal die heutige Goldverteilung etwas näher an. In Deutschland entfällt auf den Kopf der Bevölkerung ein Goldbestand von 23 Mark. In England 73 Mark (heute wohl schon nicht mehr). In Amerika 170 Goldmark. Und in Frankreich beträgt der Goldbestand pro Nase, der 1923 nur 75 Mark betrug, jetzt 226 Goldmark (lt. „Aufwärts“ v. 25. September 1931).

Und dazu hat ihm der deutsche Steuerzahler in Form der abgelieferten Tribute hauptsächlich verholfen. Leser, ahnst du jetzt den Sinn des von Freimaurern angezeigten Weltkrieges? Sein Ergebnis nennt man jetzt „Weltwirtschaftskrise“. Und Frankreich mit seinem „Großorient“, der Freimaurerhochburg, in der Juda tonangebend ist, setzt den Völkern, die nicht wollen, wie es will, den Absatz ins Genick. Darum weg mit dem „Goldenen Kalb“, weg mit der angebeteten Goldwährung! Die Völker wollen leben!

Selbstverständlich haben die Juden die „Protokolle“ als gefälscht bezeichnet und — weit von sich gewiesen. Aber die Protokolle sind echt! Unbedingt echt! Daß sie es sind, hat der „Euckenprozeß“ in Jena erwiesen. (Siehe „Friedericus“ Nr. 48, Jahrgang 1927. Tm. B.)

Doppelverdienst und Notverordnung.

Auf Grund der neuen Notverordnung wird den Ruhestands- und Wartestandsbeamten, die außer ihren Versorgungsbezügen noch ein jährliches Arbeitseinkommen von mehr als 6000 Mark haben, die Hälfte des überschüssigen Betrages auf die Pension bzw. das Wartegeld angerechnet. Als Ruhestandsbeamte in diesem Sinne gelten auch diejenigen Beamten, die mit vollem Gehalt von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden sind. Eine Pensionskürzung findet jedoch nicht statt, soweit Arbeitseinkommen und Versorgungsbezüge zusammen jährlich nicht mehr als 9000 Mark betragen. Für Familienväter sind gewisse Milderungen vorgesehen. Eine Reihe nicht unmittelbar in der Notverordnung geregelter Fragen sollen durch Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers geordnet werden.

* Der französische Ministerpräsident Laval hatte eine längere Unterredung mit dem italienischen Botschafter Grafen Manzoni.

Ich klage an!

Der Menschheit ganzer Jammer — und der Deutschlands im besonderen — faßt einen an, wenn man sieht, wie Deutschlands Jugend auf den Landstraßen umherirrt. Als Volkslehrer tut einem das Herz in der Seele weh, und man darf nicht stillschweigen. Ich klage an:

Alle, die für „Rationalisierung“ Propaganda machten und so die Arbeitslosigkeit ins Ungeheure steigerten!

Alle, die jetzt der Einführung der Arbeitsdienstpflicht hindernd im Wege stehen!

Alle, die nicht bis aufs Messer den Wahnsinn der Tribute bekämpfen und Klarheit und Wahrheit in der Kriegsschuldfrage fordern!

Alle, die nicht alles tun, um uns von dem Wahnsinn der Goldwährung frei zu machen!

Alle die, welche nicht erkennen, daß die tiefste Not der deutschen Jugend die Not der Seele ist, weil sie für sich selbst die Existenz der Seele leugnen!

Ich habe vor einigen Tagen mit einem jungen deutschen Deserteur der polnischen Armee gesprochen. Mit 18 Jahren ließ er sich als arbeitsloser deutscher Junge von der französischen Fremdenlegion anwerben. Da ging mein Unglück an, sagte er. Während der Kämpfe mit Abdel Krim in Marokko glückte ihm die Flucht. In Deutschland suchte er Arbeit. Vergeblich. Da wanderte er in seine alte Heimat nach Posen. Der Vater hat für Deutschland optiert. Die Mutter ist gestorben. Er wird zum polnischen Militär gepreßt. Da es ihm in der polnischen Armee noch schlimmer erging als in der Fremdenlegion, flieht er, wandert quer durch Deutschland — polnische Uniform trug er noch am Leibe — um in einem andern Staate Arbeit zu suchen. Ich habe ein Urteil über die Auslagen, giebt man nur 50 Prozent ab, dann bleibt immer noch genug. Was ein eigenartiges Licht auf die innere Kampfkraft

der polnischen Armee wirft. Es ist klar, daß die polnischen Führer nur den Mund so weit aufreißen, weil das französische Gold ihnen die Sinne verwirrt. Mag es weggezogen werden, aus Oesterreich, Deutschland, England, mag es hinfließen zu Frankreichs Vasallen Polen und wer sich sonst noch dazu rechnet, überall bringt es Unglück.

Ich klage an:

Alle, die nicht mithelfen, dem Störenfried der Welt, Frankreich, die Maske vom Gesicht zu reißen und statt dessen von einem friedliebenden, harmlosen Frankreich den Massen etwas vorreden!

Als der arme Junge mir zum Abschied herzlich die Hand drückte, habe ich an das Lied denken müssen: Wenn ich den Wanderer frage, in dem es heißt: „Ich kann nicht nach Hause, hab' keine Heimat mehr!“

Des Volkes Seele lebt im Lied. Hier singt man, was sonst nie in Worten über die Lippen kommt. Heute mittag sangen 5 deutsche Jungens, Rheinländer und Thüringer, vor der Schule. Ich bat einen von ihnen, mir das Lied, das sie in einer wehmütigen Mollmelodie vorsangen und auf der Gitarre begleiteten, aufzuschreiben. Er hatte es selbst verfaßt. Seinen Namen hat er nicht darunter geschrieben. So ist es ein echtes Volkslied. Aber nichts von Röslein und Blümlein und Brunnenrauschen und Baldesdom. Die neue Romantik im Leben unserer „Taugenichtse“ hat einen bitteren Beigeschmack.

Mit dem Bündel auf dem Rücken
Ziehst fast zu jeder Stund.
Über Straßen, über Brücken
Ruhelos ein armer Hund.

Seine Schuhe sind zerrissen,
Und beschmutzt ist sein Gewand,
Schmale Kost und schlechte Bissen
bietet ihm das fremde Land.

Lobend wild die Stürme brausen,
Strömt der Regen, wirbelt Schnee,
Eisern trägt er's immer draußen,
Sein g'heimnisvolles Weh.

Unterm Schatten grüner Bäume
Schlummert er zur Mittagszeit,
Ach, da tragen süße Träume
Ihn zur Heimat hin so weit.

Aus den Augen rollen Tränen
Nieder in das grüne Moos.
Seine Brust erfüllt Sehnen,
Denn er ist ja heimatlos.

Einst als ihn in jungen Jahren
Mutterliebe hat bewacht,
Ihn beschützend vor Gefahren,
Um ihn sorgend Tag und Nacht,

Da ist nun ein Riß gekommen,
Der zerstörte all sein Glück.
Was er liebte, wurde genommen,
Bittres Weh blieb ihm zurück.

Bittend mit dem Wanderstabe
Klopft er an, an jede Tür,
Und nimmt selbst die kleinste Gabe
Und dankt herzlich auch dafür.

Eilt als Wanderer in die Ferne,
überall und allwärts,
Unter dem zeriss'nen Hemde
Sieht kein Mensch sein flehendes Herz!

Sieht kein Mensch sein flehendes Herz! Was kein Mensch sieht, Du, Herr, unser Gott, schaust ins Verborgene. Erbarme Dich unseres Volkes. Insbesondere unserer verflachten deutschen Jugend!

Georg Wehnert.

Beipre-

In 2
ten Aufst
zu bilden
Anzahl
sicht gena
Reichswel
des Innen
Unterred
Unterred

Auch
Neurath
Curlius
gescheiter
Amt vor
wieder an
Neurath,
Lattionen
Rom und

In 1
wiegend
durch die
einflußt
fraktion
berufen

Sch
Brüning

Die
nach der
nicht zu e
von den
über die
die des
bold,
Doel und
Dr. Br ü

Diese
weil imm
schafter v
gegen an
rath im
Kanal

Dpp
Rüstun
Die B

Die
vereinig
Program
vorgeschl
Verhandl
ratorium
lung vor
Annahme
Zahlunge
Ablauf d
keit der

Der
Nort, Ho
Bereinig
Prozent
Fonds“
komitees
Neuporte

Die
mühen si
dadurch
von weite
Daß Pro
Kriegsge
dem fran
hat, wird
„Wortdie

„Aus
wartete
riums. C
Lauf der
fogar zu
weife wi
nicht gro
geschoben

Aus
die Konf
offensich
fundigun
daß enig
Bankgefe
ver hätte
flation h
Handelsle

Meh
und der
Garnet,
Moralori
gewehrt.
Europa e
leistung i
rung zu
diese Fra
teren Ko

Sena
mit Staa
ausgespro
Frankrei
Probleme

Schlechte Aussichten für das zweite Kabinett.

Brünings Bemühungen.

Besprechungen mit Dr. Gessler und Reichspräsidenten.

In Ausführung des ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrags, eine Regierung ohne parteimäßige Bindung zu bilden, verhandelte Reichkanzler Dr. Brüning mit einer Anzahl Persönlichkeiten, die er für sein Kabinett in Aussicht genommen hatte. Längere Zeit weilt so der frühere Reichswehrminister Dr. Gessler, dem das Ministerium des Innern angeboten worden war, beim Kanzler. Nach der Unterredung mit dem Kanzler hatte Dr. Gessler noch eine Unterredung mit Staatssekretär Dr. Meißner.

Auch der deutsche Botschafter in London, Freiherr von Neurath, war beim Kanzler. Gerüchte wollen wissen, daß er das Außenministerium übernehmen soll. Es gibt seit langem Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, Herrn von Neurath zum Nachfolger des zurückgetretenen Ministers Dr. Curtius zu machen. Bisher sind sie jedoch nicht zuletzt daran gescheitert, daß der deutsche Botschafter in London, der sein Amt vor knapp einem Jahr angetreten hat, es nicht schon wieder aufgeben wollte. Jetzt spreche gegen die Kandidatur Neuraths, wie in politischen Kreisen versichert wird, auch die Tatsache, daß der Kanzler selbst die letzten außenpolitischen Aktionen — die Ministerkonferenzen in Chequers, Paris, Rom und Berlin — geführt hat und weiterleiten will.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich weiter vorwiegend mit der Frage, wie weit die künftige Entwicklung durch die Haltung der Deutschen Volkspartei beeinflusst werden kann. Am Sonnabend tritt die Reichstagsfraktion zusammen, außerdem ist der Reichsausschuß einberufen worden.

Schwierige Verhandlungen.

Brüning will selbst das Außenministerium übernehmen.

— Berlin, 8. Oktober.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung hatten nach der formellen Seite hin bis Donnerstagabend noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Abgesehen von den Ministern, die ohnehin wiederkehren, herrschte nur über die Befragung von drei Ministerien Klarheit: Das ist die des Reichswirtschaftsministeriums mit Prof. Warnebold, des Reichsjustizministeriums mit Staatssekretär Joel und die Übernahme des Auswärtigen Amtes durch Dr. Brüning.

Diese letzte Tatsache muß deshalb festgestellt werden, weil immer wieder behauptet wurde, daß nun doch Botschafter von Neurath Außenminister werden solle. Entgegen anderslautenden Nachrichten kommt Dr. von Neurath im Laufe des Freitags erst nach Berlin, um dem Kanzler für Sonnabend zu Besprechungen zur Verfügung

zu stehen. Sie dürften sich darauf beziehen, daß Dr. von Neurath vielleicht später einmal das Auswärtige Amt übernimmt. Für die bevorstehende Reichstagskampagne ist jedoch mit ihm als Außenminister unter keinen Umständen zu rechnen. Der Hauptgrund dafür ist darin zu suchen, daß durch die Übernahme des Auswärtigen Amtes durch Dr. Brüning auch der leiseste Anschein vermieden werden soll, daß in der deutschen Außenpolitik eine Aenderung eintreten könnte.

Ueber die Befragung des Innenministeriums herrscht noch keine Gewißheit. Die Aussichten, Dr. Gessler für diesen Posten zu gewinnen, sind gering. Ganz abgesehen von der ablehnenden Stellungnahme der Sozialdemokraten gegen Dr. Gessler, scheint das auch daraus hervorzugehen, daß inzwischen bereits mit dem Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht verhandelt worden ist. Dr. Bracht hat jedoch endgültig abgelehnt. Außer Gessler nennt man jetzt auch den früheren Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz für das Amt des Innenministers. Ebenso wenig sind die Verhandlungen wegen der Befragung des Verkehrsministeriums vorwärtsgelassen. Die Fällungnahme des Reichskanzlers mit dem Industrieführer Dr. Wögl und Silberberg dürfte erfolglos geblieben sein.

Noch keine Vollmacht zur Reichstagsauflösung.

Neben den personellen Fragen scheint jetzt auch das Problem der Vollmachten aktuell zu werden, die der Reichspräsident dem Reichkanzler Brüning zu geben bereit ist. Bis jetzt hat Dr. Brüning noch nicht die Vollmacht im Falle einer parlamentarischen Niederlage des neu zu bildenden Kabinetts den Reichstag aufzulösen. Die Entscheidung dieser Frage dürfte wesentlich von dem weiteren Gange der Kanzlerverhandlungen abhängen.

Der Herr Reichspräsident empfing am Donnerstag nachmittag den Kanzler zwecks Berichterstaltung über den Stand der Kabinettsbildung.

„Kabinett der Halbheiten“.

D.B.P. und neues Kabinett Brüning.

— Berlin, 8. Oktober. Zu dem Vorwurf der „Germania“, die die Haltung der Deutschen Volkspartei als eine Pression bezeichnet hatte, bemerkt die „National. Correspondenz“: Die Deutsche Volkspartei hat sich niemandem aufgedrängt, auch nicht dem Kanzler Dr. Brüning. Er mag sein neues Kabinett zu bilden versuchen, wie er es für richtig hält. Nur darf er nach unserem Dafürhalten nicht annehmen, daß er die Unterstützung der D.B.P. für ein solches Kabinett findet, das an denselben Halbheiten leiden muß wie das frühere. Das sollte klar ausgesprochen werden.

Opposition gegen Hoover.

Rüstungsverminderung als Gegenleistung gefordert? — Die Bankiers beantragen erneut Moratoriumsverlängerung.

— New York, 9. Oktober.

Die in Atlantic City tagende amerikanische Bankervereinigung hat in einer Resolution beigestimmt, jedoch auch vorgeschlagen, daß die Regierung die Aufnahme sofortiger Verhandlungen mit dem Ziele einer Verlängerung des Moratoriums auf so lange Zeit erwägen möge, bis die Erholung von den Wirtschaftsverhältnissen der Gegenwart zur Annahme berechtige, daß die Wiederholung revidierter Zahlungen möglich sei. Es wurde ferner angeregt, daß vor Ablauf des verlängerten Moratoriums die Zahlungsfähigkeit der betreffenden Länder neu geprüft werden soll.

Der Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York, Harrison, teilte mit, daß sämtliche Banken in den Vereinigten Staaten in kurzer Zeit ersucht werden, zwei Prozent ihrer Einlagen zu dem „500-Millionen-Dollar-Fonds“ beizusteuern. Zum Vorliegenden des Organisationskomitees des neuen Kreditinstituts wurde der Präsident des New Yorker Clearing-Hauses, Buchner, ernannt.

Die großen Zeitungen der Vereinigten Staaten bemühen sich, die Wirkung des neuen Programms Hoovers dadurch zu vertiefen, daß sie ihre Leser beruhigen und sie von weiteren Depositionen zurückzuhalten versuchen. Daß Präsident Hoover Maßnahmen in der Frage der Kriegsschulden und der Tribute bis zur Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval zurückgestellt hat, wird in der Presse mehrfach bedauert. So schreibt „Worldtelegram“:

„Aus irgendeinem Grunde unterließ Hoover die erwartete Erklärung über eine Verlängerung des Moratoriums. Es besteht jedoch wenig Zweifel, daß er durch den Lauf der Dinge hierzu gezwungen werden wird, wenn nicht sogar zu einer Schuldenerleichterung überhaupt. Unglücklicherweise wird der Wert einer Verlängerung der Streichung nicht groß sein, wenn diese Maßnahme zu lange hinausgeschoben wird.“

Aus Washington liegen ergänzende Mitteilungen über die Konferenz im Weißen Hause vor, bei denen es sich aber offensichtlich um Mutmaßungen handelt. Danach haben Erklärungen bei den Teilnehmern der Konferenz ergeben, daß einige Führer des Kongresses von der Forderung des Bankgesetzes Inflationsercheinungen befürchtet haben. Hoover hätte jedoch betont, daß zur Zeit eine übersteigende Deflation herrsche und man zunächst diese Tendenz, die das Handelsleben lähme, beseitigen müsse.

Mehrere Konferenzteilnehmer, darunter Senator Borah und der Führer der Demokraten im Repräsentantenhaus, Garnet, sollen sich gegen eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums ausgesprochen haben. Sie hätten sich dagegen gewehrt, daß Amerika erneut die Initiative ergreifen und Europa einen Schuldenschieb anbiete, ohne eine Gegenleistung in der Form einer effektiven Rüstungsverminderung zu erhalten. Hoover habe daraufhin erklärt, daß er diese Frage mit Laval besprechen wolle und Details in weiteren Konferenzen vorzutragen beabsichtige.

Senator Borah, der abermals eine längere Unterredung mit Staatssekretär Stimson hatte, soll sich auch dagegen ausgesprochen haben, daß Amerika Garantien gegenüber Frankreich übernimmt. Seiner Ansicht nach sollten die Probleme der Reparationen, der Kriegsschul-

den und des polnischen Korridors sowie der Abrüstung in einer gemeinsamen Konferenz geregelt werden.

Noch neuer Schritt Hoovers.

Diskussion über die Schuldenfrage mit Laval.

— Washington, 9. Oktober.

Bei einem Presseempfang wurde von dem Staatssekretär Stimson bestätigt, daß die französische Regierung diesmal von den Schritten, die Hoover in der Reparationsfrage vorhatte, vor der Bekanntgabe unterrichtet worden sei. Er habe, sobald er in der Kabinettsitzung von Hoovers Plänen erfuhr, den Washingtoner französischen Geschäftsträger davon in Kenntnis gesetzt, und auch den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, telefonisch angewiesen, Laval zu benachrichtigen, daß Hoover mit dem französischen Ministerpräsidenten bei dessen Besuch in Amerika die internationale Schuldenfrage besprechen möchte. Edge habe gemeldet, daß Laval sich sowohl mit der Form der Benachrichtigung, wie mit der Tatsache einer Diskussion über die Schuldenfrage vollkommen einverstanden erklärt habe.

„Washington Herald“ behauptet, daß die Bankiers mit denen Präsident Hoover in der letzten Woche konferiert hatte, sich mit der Schaffung eines Konfortiums mit einem Kapital von fünfzehn Millionen Dollars zur Stützung der notleidenden amerikanischen Banken unter der Bedingung einverstanden erklärt hätten, daß Hoover durch einen neuen Schritt in der Reparationsfrage zur Entspannung der internationalen Kreditlage beitrage.

Dagegen habe sich in der Konferenz im Weißen Hause bei einigen Parlamentariern Widerstand erhoben.

Hoover hoffe jedoch, nach der Konferenz mit Laval auch die Zustimmung der Kongreßführer zu seinem neuen Plan erhalten zu können.

Amerika erhöht Diskont.

— New York, 9. Oktober.

Private Goldverschiffungen größten Ausmaßes nach Frankreich dauern an. Lazard Freres und Guaranty Trust Co. versenden mit Dampfer „Bremer“ und „Berengaria“ 75 Millionen Dollar. Der Gesamtexport der beiden letzten Tage beträgt somit 150 Millionen Dollar (600 Millionen Mark). Dabei sind 300 Millionen, die von den Reservebanken auf Sonderkonto abgelegt wurden, noch nicht berücksichtigt.

Eine Folge der französischen Goldabzüge.

— New York, 8. Oktober. Die Federal Reservebank hat am Donnerstag den Diskontsatz von 1,5 v. H. auf 2,5 v. H. erhöht.

Nach einer Meldung aus Washington hat der Gouverneur der Federal Reservebank in New York, Barrison, Präsident Hoover davon unterrichtet, daß der vorgesehene 500 Millionen-Dollar-Stützungsfond der amerikanischen Großbanken innerhalb der nächsten 48 Stunden organisiert sein werde.

Arbeitslosenversicherung

in der Notverordnung.

Der zweite Teil der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen enthält, wie bereits berichtet, auch ergänzende Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. In diesen Bestimmungen werden einzelne Vorschriften aus der zweiten Notverordnung vom 5. Juni gemildert, Sondervorschriften für die Regelung des sogenannten Krümpersystems und der Naturalverförmung erlassen; daneben enthält die neue Notverordnung einzelne Bestimmungen, die eine Verschärfung und Ergänzung der bisherigen Vorschriften bringen.

So wird jetzt in Abänderung der Regelung vom 5. Juni bestimmt, daß Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, soweit der erforderliche Lebensunterhalt nicht durch einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gewährleistet ist. Damit soll ausgedrückt werden, daß der Unterhaltsanspruch auch realisierbar sein muß. Hinsichtlich der Regelung der Anrechnung von Renten und Beihilfen aus dem Reichsversorgungsgesetz konnten nach der alten Vorschrift Renten bis zu einem Betrage von 30 Mark im Monat angerechnet werden. Dieser Betrag ist jetzt auf 25 Mark gesenkt worden. Von den Sozialversicherungsrenten soll künftig nur ein Satz bis zu 15 Mark im Monat angerechnet werden. Ueber die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter bestimmte die alte Notverordnung, daß diese Versicherungspflicht bis zum 31. Oktober 1931 in Kraft bleibe. Die neue Notverordnung verlängert diese Zeit bis zum 31. März 1932.

Für die Bemessung der Arbeitslosenunterstützung ist wieder das Arbeitsentgelt maßgebend, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten 26 Wochen oder, wenn das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen war, im Durchschnitt der letzten sechs Monate seiner Arbeitnehmerschaft vor der ersten Arbeitslosmeldung bezogen hat.

Eine Ergänzung des bisherigen gesetzlichen Zustandes bringt die Notverordnung in der Regelung des Krümpersystems. Die Einführung des Krümpersystems machte bisher Schwierigkeiten, da einem Bezug von Arbeitslosenunterstützung für die Werksbeurlaubten die gesetzlichen Bestimmungen entgegenstanden. Zwar haben schon einzelne Landesarbeitsämter Ausnahmen zugelassen, darunter das Landesarbeitsamt Schlesien. Diese Ausnahmen stellten sich jedoch in Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen und den Urteilen des Senats des Reichsversicherungsamtes. Nunmehr wird dem Gesetz über Arbeitsvermittlung ein neuer § 89 b eingefügt, in dem bestimmt wird, daß der Vorliegende eines Landesarbeitsamtes den in einem regelmäßigen Wechsel der Belegschaft ausgeschiedenen Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung ausbezahlen lassen darf. Voraussetzung ist jedoch, daß eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat und der Werksleitung besteht, nach der in regelmäßigem Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend entlassen wird oder vorübergehend die Arbeit aussetzt.

Bei seiner Beurteilung der Wirkung dieser Maßnahmen muß der Vorliegende des Landesarbeitsamtes darauf achten, daß der Wechsel in der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitabschnitten erfolgt und die während der Regelung im Betrieb arbeitende Belegschaft ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teiles nicht wesentlich geringer ist als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. Die Unterstützung soll die Hälfte des sonst zuständigen Betrages nicht überschreiten. Der Präsident der Reichsanstalt wird noch Durchführungsbestimmungen erlassen.

Mit der Regelung der Naturalverförmung kommt die Notverordnung einem allgemein geäußerten Wunsch entgegen. Wenn auch über die Zweckmäßigkeit und vor allem über die Untofen einer Naturalverförmung die Meinungen recht weit auseinandergehen und sehr oft betont wird, daß eine Naturalverförmung wesentlich größere finanzielle Aufwendungen erfordert als eine vollständige Barunterstützung, so ist mit dieser Regelung aber vor allem für die Arbeitsämter in ländlichen Bezirken eine leichtere Unterstützungsleistung gegeben. Die Notverordnung gibt dem Vorstand der Reichsanstalt das Recht, anzuordnen, daß die Arbeitslosenunterstützung allgemein bis zu 1/4 ihres Betrages in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden kann. Der Vorliegende des Arbeitsamtes hat zu bestimmen, mit welchem Geldbetrag die Sachleistungen zu bewerten sind. Da seine Entscheidung endgültig ist, wird den besonderen Bedingungen der einzelnen Arbeitsämter Rechnung getragen. Der Vorstand der Reichsanstalt tritt schon in der kommenden Woche zusammen, um in seinen Beratungen auch die genaueren Anordnungen über die Naturalverförmung zu behandeln.

In all den Fällen, in denen das Gesetz die Unterstützung von der Prüfung der Bedürftigkeit abhängig macht, werden nun die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, bei der Prüfung der Bedürftigkeit mitzuwirken. Diese Mitwirkung geht in den Fällen noch weiter, in denen eine von der Bedürftigkeit abhängige Unterstützung gewährt werden soll. Hier ist vor der Bewilligung der Unterstützung der Gemeinde und dem Gemeindeverband Gelegenheit zur Äußerung über die Bedürftigkeit zu geben.

Die schon bekannt gewordene Bestimmung über die berufsüblich Arbeitslosen wird nunmehr als besonderer Paragraph in das Gesetz für Arbeitsvermittlung übernommen. Er bestimmt, daß Arbeitslose, die einem Beruf oder Gewerbe angehören, in dem eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsüblich ist, während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit die Unterstützungssätze nach den jeweiligen Lohnklassen der Krisenfürsorge erhalten. Diese Vorschriften treten am 28. März 1932 in Kraft. Die Vorschriften des gesamten Abschnitts der Notverordnung treten dagegen schon am 12. 10. 1931 in Kraft. Sie können auch in laufende Unterstützungsfälle eingreifen.

Rund 4355 000 Arbeitslose im Reich.

Die Zahl der Arbeitslosen im Reich, die in der ersten Septemberhälfte um rund 109 000 gestiegen war, hat in der Zeit vom 15. bis 30. September um rund 31 000 zugenommen und betrug am letzten Stichtage rund 4 355 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 30. September rund 1 344 000, in der Krisenfürsorge rund 1 140 000 Hauptunterstützungsempfänger betreut. Nach der letzten vorliegenden Statistik der Wollfabrikarbeitslosen waren am 31. August rund 1 131 000 arbeitslose Personen vorhanden.

Streichung der Tribute.

Von der britischen Regierung im Wahlmanifest gefordert. — Rundfunkrede Macdonalds.

Der englische Ministerpräsident Macdonald sprach im Rundfunk über die politische Lage und gab dabei die Parole der Regierung für den Wahlkampf aus. Einleitend richtete Macdonald Angriffe gegen seine früheren Ministerkollegen von der Arbeiterpartei, wobei er ausführte: „Als die vorige Regierung sich von der unangenehmen Pflicht drückte, ihre Schuldigkeit zu tun, wurde die nationale Regierung gebildet, um das im Stiche gelassene Wort zu vollenden. Außenpolitisch von Bedeutung war die zweite Hälfte der Rede; ihr wichtigster Absatz lautet:

Die Regierung wird auch an internationalen Konferenzen teilzunehmen haben, die sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Welt befassen, und sie muß ihren Einfluß gebrauchen, um Hemmnisse des Handels und des Geldumlaufs zu beseitigen, die so viel zu dem jetzigen Zusammenbruch beigetragen haben. Wir haben 3. B. noch immer mit den Folgen zu tun, die sich aus der Bezahlung oder dem Versuch der Bezahlung der Kriegsschulden und Reparationen, aus der unrichtigen Verteilung des Goldes, aus dem ausgedehnten Einfrieren von Krediten und aus ähnlichen Faktoren ergeben. Die Regierung muß sich im Innern sicher fühlen, damit sie auf eine Regelung hinarbeiten kann, die von allen beteiligten Ländern als gerecht und erträglich angesehen wird. Es handelt sich nicht nur um eine kritische, sondern auch um eine noch nicht dagewesene Lage der Dinge.

Unterstrichen werden diese Ausführungen noch durch das offizielle Wahlmanifest der britischen Regierung. In diesem Aufruf wird zum ersten Male von der englischen Regierung die Streichung der Kriegsschulden und der Tribute als Programmpunkt erwähnt. Im einzelnen heißt es darüber:

Das Land muß durch eine Periode der Erholung und Neuordnung gehen, in der Fragen von größter Wichtigkeit sowohl national als auch internationalen Charakters gelöst werden müssen, um die Stabilität zu sichern und eine Wiederholung der Schwierigkeiten zu vermeiden.

Eine Währungsreform, die das Vertrauen und Ansehen des Sterlings wiederherstellt, internationale Uebereinkommen, die einige der folgerichtigsten Ursachen des wirtschaftlichen Unheils, an dem die Welt so schwer leidet, entfernen, wie Kriegsschulden und Reparationen, Pläne, um jede abträgliche Handelsbilanz in eine günstige zu verwandeln, werden ohne Aufschub in die Wege geleitet werden müssen.

Im Zusammenhang damit muß die Frage der Arbeitslosigkeit erwogen werden, insbesondere hinsichtlich der Aufgabe, Arbeit zu finden durch eine Ausdehnung der Märkte sowohl im Innern als auch auswärts. Die Regierung muß freie Hand haben, jeden Vorschlag, der helfen kann, wie Zölle, die Ausdehnung der Ausfuhr, die Einschränkung der Einfuhr, Handelsverträge und gegenseitige wirtschaftliche Vereinbarungen mit den Dominions zu erwägen.

Morgan in Frankreich.

Französische Bankiers nach New York unterwegs. — Die Verhandlungen mit Lord Reading.

— Paris, 9. Oktober.

Der Untergouverneur der Bank von Frankreich, Farnier, und der Leiter der Studienabteilung der Bank von Frankreich, La Cour-Gayet, haben Paris verlassen, um sich nach New York zu begeben. Sie werden dort mit den Vertretern der Federal Reserve Bank über die internationale Finanzlage verhandeln. In Paris dagegen weist gegenwärtig J. P. Morgan, der Führer einer der größten Bankengruppen der Vereinigten Staaten. Offiziell heißt es, Morgan habe sich privat in Frankreich auf.

Der zweite Tag der Anwesenheit des englischen Außenministers in Paris wurde wiederum mit eingehenden Verhandlungen ausgefüllt, zwischen denen fand ein Ministerrat statt. Nach einem Bericht der Havas-Agentur erörterten Ministerpräsident Laval und Lord Reading die Einsetzung der deutsch-französischen Kommission. Lavals Besuch in Washington und die Pfundkrise. In der Abrüstungsfrage, die gleichfalls zur Sprache kam, sollen nach diesem Bericht die französischen Minister darauf hingewiesen haben, daß eine Herabsetzung der französischen Rüstungen die Gewährung neuer Sicherheitsgarantien zur Voraussetzung habe.

Hat England kapituliert?

Abreise Lord Readings aus Paris. —

Eine Erklärung an die Presse.

— Paris, 8. Oktober. Lord Reading ist am Donnerstagnachmittag wieder nach London abgereist.

Vor seiner Abreise empfing der englische Außenminister die Vertreter der englischen und französischen Presse, denen er eine längere Erklärung abgab. Er sagte u. a., er freue sich, Gelegenheit gefunden zu haben, der französischen Regierung persönlich seinen Dank für die finanzielle Unterstützung auszusprechen, die sie England im vergangenen Monat angeboten habe. Er habe seinen französischen Kollegen mit aller Offenheit die Lage seines Landes dargelegt, während mit ihm die französischen Minister mit der gleichen Offenheit von der Lage Frankreichs gesprochen hätten. Der Zufall (??) habe es gewollt, daß er sich gerade zu einer Zeit in Paris befunden habe, in der die Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses ernannt worden seien. Diese in Berlin gefundene Lösung sei nicht nur von ihm persönlich, sondern von der gesamten britischen Regierung und von der englischen Öffentlichkeit mit besonderer Genugung aufgenommen worden (?). Man sehe darin den Beginn einer neuen Ära für die Beziehungen der europ. Länder untereinander. Die britische Regierung hoffe, daß die Bemühungen der beiden Länder im Interesse des europäischen Friedens und der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaftslage fortgesetzt würden. Die englische Regierung erkläre sich mit Freude bereit, daran teilzunehmen. Sie begrüße außerdem die Washingtoner Reise des französischen Ministerpräsidenten und hoffe, daß sie von einem vollen Erfolg gekrönt sein werde.

Bernunft oder Katastrophe!

Amerikanischer Finanzmann gegen die Bestrebungen zur Verlängerung des Hoover-Jahres.

— New York, 9. Oktober. Auf der Tagung des amerikanischen Bankierverbandes in Atlantic City wandte sich der Direktor der Bankers Trust Comp. in New York, Fred Kent, in schärfster Form gegen die politischen Bestrebungen, die eine Verlängerung des Schuldenmoratoriums verhindern wollen. Er erklärte, ein Erfolg derartiger Bestrebungen müßte eine Weltwirtschaftskatastrophe herbeiführen.

Japaner bombardieren Kintschau

Die Residenz der mandchurischen Regierung. — Sturz der Regierung?

— Tokio, 9. Oktober.

Nachdem im japanisch-chinesischen Konflikt einige Tage hindurch eine gewisse Ruhe geherrscht hat, hat sich jetzt eine plötzliche Zuspitzung ergeben, deren Folgen noch nicht abzuschätzen sind. Nach den letzten Meldungen aus der Mandchurei sollen nämlich zehn japanische Flugzeuge die Stadt Kintschau an der Eisenbahnlinie Peking-Mukden, die der mandchurischen Regierung provisorisch als Residenz dient, bombardiert haben. Das Bombardement soll große Verwüstungen angerichtet und zahlreiche Opfer an Toten und Verletzten gefordert haben.

Arbeit.

Das Volkshochschulheim Wislode bei Lüdenscheid veranstaltet von Mitte Oktober bis Ende November einen Sechswochenkursus verbunden mit freiwilligem Arbeitsdienst. Die Teilnehmer haben vormittags 4 Stunden Wegebauarbeit zu leisten. Nachmittags und abends sind Vorträge über Wirtschaftsfragen usw. Bei freier Wohnung, Verpflegung und Wäsche bekommen die Teilnehmer wöchentlich 2.— RM Taschengeld. Interessenten, die die Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung beziehen, wollen sich unter Angabe des Alters, des Berufes, der Zugehörigkeit zu einem Verein und der Unterstützungsart an das Volkshochschulheim Wislode, Post Oberrahme, Kreis Altena, wenden. Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist, bleibt die Annahme der Anmeldung dem Heim überlassen.

Kirchennachrichten für Zion.

Sonntag, den 11. Oktober 1931. 19. S. n. Trin.

Sonntag 10.10 Uhr: Beichte und Abendmahl in Zion: Pastor Jungblut.

Sonntag 8 1/2 Uhr: Pastor Kirchsteper; 9 Uhr: 25. Jahresfest des Blaukreuzvereins in Bethel: Pastor Wilmanns; 10 Uhr: Pastor Jungblut; 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.

Montag 20 1/2 Uhr: Gosen, Gemeindebibelstunde.

Donnerstag 19 1/2 Uhr: Pastor Stratenwerth.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 11. Oktober 1931: 10 Uhr vorm. Gottesdienst, Pastor Dahlmann; 1 1/2 Uhr nachm. Kindergottesdienst; 4 1/2 Uhr nachm. Erntedankfestfeier; 8 Uhr abends Abendmahlfeier.

Dienstag, den 13. Oktober 1931: 8 Uhr abends Bibelstunde im Sellingskamp.

Mittwoch, den 14. Oktober 1931: 8 Uhr abends Bibelstunde im Gemeindehause.

Bethel.

— Herr August Riefenberg und seine Frau Maria, geb. Busse, feiern Sonnabend, den 11. Oktober, ihre Silberhochzeit. Herr Riefenberg ist wohl seit ungefähr 20 Jahren in Bethesda beschäftigt. Möge dieser Tag ein Tag der Freude, des Dankes und des Segens sein für die ganze Familie.

— Geplant ist für Sonntag, den 11. Oktober, eine Sonderfahrt nach Bad Harzburg.

Es ist Gelegenheit gegeben, an der Zusammenkunft der nationalen Verbände teilzunehmen.

Preis voraussichtlich 6.— Mark.

Meldungen in der Druckerei.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Freitag, 8 1/2 Uhr Bibelstunde; Jesaja 19 u. 20. Sonntag abend 8 Uhr Jungmännerkreis in „Ephrata“.

Frageabend.

Montag abend kein Männerchor. Teilnahme am Vortrag von Prof. Veidt „Volksnot und Erlösungsglaube“. (8.15 Uhr in der Ausstellungshalle) Karten zu 20 Pf. beim Sekretär.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Sonntag nachmittag 2 1/2 Uhr: Teilnahme am Jahresfest des Blaukreuzvereins.

Sonntag abend 8 Uhr: Zusammenkunft aller Lautenspieler im Vereinsaal.

Montag abend: Turnen.

Herzliche Einladung

zum

25. Jahresfest des Blaukreuzvereins Bethel am 11. Oktober 1931.

Festgottesdienst vormittags 9 Uhr in Sarepta (Herr Pastor Wilmanns).

Nachfeier: Nachmittags 2.30 Uhr im Assaphaum.

Festansprache: Bundessekretär Wischer, Barmen.

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungs-, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Landw., Maschin., Schwach-, Stark- strom- u. Radiotechnik. Werkmeisterschule	Technikum Lage Lippe	Bauschule Architektur, Bauingenie- wesen, Eisenbau, Tonindustrie Ziegel-, Zement-, Ziegeleien- Techniker, Ziegeleimeist.
---	----------------------------	--

Rheuma? Gicht? Ischias? Erkältungsschmerzen haben Sie?

Dann verwenden Sie den echten Schwarzwälder

Fichtennadel-Franzbrannwein.

Er vereinigt die Wirkung des Franzbrannweins mit der des reinen Fichtennadelöls der Schwarzwaldnadelbäume. Er ist ein hochwertiges Einreibungsmittel von durchgreifender Wirkung bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nerven- und Kopfschmerzen, brennende Füße. Kräftigt überanstrengte Nerven und Muskeln. Vorzügliches Kopf- und Haarpflegemittel besonders bei Haarausfall. Originalfl. Gr. I 1.75, Gr. II 3.—, Gr. III 5.—, Gr. IV 9.—. Fichtenn.-Tabletten, reine Extraktware 10 Tabl. 2.—. Reine Fichtenn.-Öel-Seele, für empfindl. Haut 6 Stk. 2.50, große 6 Stk. 4.50 Nachschickelagen 3 Stk. 1.—, stark mit Fichtenn.-Öel getränkt.

Alfred Hottenbacher, Wiesbaden, Postfach 18.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik ERNST DAVID gegründet 1855 prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille liefert als Spezialität die von den = Posaunen-Chören = bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20-26 — Katalog und Preisliste gratis.

Ernst Münch, Brackwede Hauptstraße 81 Moderne Augenoptik Sonnenschutzbrillen, Barometer, Thermometer

 Dir und Deinen Kindern eine Heimat auf eigener Scholle im schuldenfreien Haus Deutsche Bausparkasse A.-G. Berlin W. 8, Unter den Linden 16. Gegründet 1929 Stand am 15. 9. 1931: ca. 16.500 abgeschlossene Bausparverträge. Billige, unkündbare Tilgungsdarlehen zum Bau und Erwerb von Wohnhäusern, Versammlungs- und Gemeindefhäusern, zu Erbauseinandersetzungen, zur Abkündigung teurer Hypotheken und für andere Zwecke. Unbedingte Sicherheit. Prämienfr. Lebensversicherung. Sehr günstige Zuteilungsverhältnisse. Schon wieder fast 3 Millionen RM. zugeteilt, laut notarieller Urkunde damit innerhalb 14 Mon. über 7,5 Millionen RM. Alle zuteilungsberechtigten Sparer wurden zugeteilt. Verlangen Sie kostenlos Prospekt C 54 Für verschiedene Plätze noch vertrauenswürdige Mitarbeiter gesucht!

Mein edler Tilsiter Vollweiskäse mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 0.50 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Post- kollektis unt. Nachn., Porto u. Verpackung frei. Friedrich Stotzka Dampfmolkerei Jedwilleiten, Post Mitzweihen. Tilsiter Niederung.

Stellengesuche und Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Pianos Harmoniums erstklassige und solide Fabrikate. Maßige Preise! Bequeme Teil- zahlung! Bielefelder Piano- u. Harmonium-Fab. Otto Stierstadt Bielefeld, Ellerstraße 17. Gegr. 1905. Tel. 3787
--

Grippe! Husten Sie?

dann bestellen Sie sich sofort die
Alfotto-Trocken-Inhalation
mit Bad Emser Inhaler-Öl

Sie kommt in Betracht bei allen Katarrhen der Luftwege, also
Husten, Heiserkeit, Schnupfen, Lungenentzündung, Luftröhren-
und Bronchialkatarrh, sowie bei Asthma, Lungentuberkulose
und Verschleimung. Er sollte daher in keiner Familie fehlen!
Durch seine feine Konstruktion u. Billigkeit von keinem Konkur-
renzfabrikat erreicht. Mit Inhalation kostet der Apparat nur Mk. 5.—.
Alfotto-Inhalation allein, auch für jeden anderen Inhalationsapparat
verwendbar 1.50.

**Echte Schwarzwälder Fichten-
nadel-Menthol-Gummi-Bonbon**
gegen Husten, Heiserkeit u. alle Erkrankungen der Luftwege.
5 Dosen 3.—

Alfred Hottenbacher, Wiesbaden. Postfach 18

Der diesjährige Heidschnuckenlammfleisch-Versand hat begonnen. Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch einschl. Porto und Verpackung 8.50 M. Größere Mengen, Bahnversand, Angebot auf Anfrage. Arbeiter-Kolonie, Freistadt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover)
--

Beilage des Aufwärts

Nr. 237.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 10. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Ulrich Zwingli.

Zum 400. Todestag des schweizerischen Reformators.

Zwingli und sein Reformationswerk.

Am 11. Oktober dieses Jahres sind vierhundert Jahre seit dem Tode Zwinglis vergangen. Es ist nicht die Regel, daß der Reformator für seinen Glauben im Kampfe fällt. Hier war es der Fall! Was er gelehrt und gelebt, das erwies sich noch im Entscheidungskampfe und im Angesichte des Todes mächtig bei ihm. Zwar unterlag seine Anhänger, die evangelisch-reformiert gewordenen Kantone, vorab Zürich, Bern und Basel mit den östlichen schweizerisch-deutschen Kreisen, aber der Sieg des Evangeliums war auch in der freien Schweiz nicht aufzuhalten. Mehr als die Hälfte der aus drei oder vier Nationen zusammengesetzten Bundesvölker ist noch heute evangelisch-reformiert.

Der Schweizer Zwingli war in jeder Hinsicht ein ganz anderer Mensch als unser deutscher Reformator Luther. Ja, man muß die Schweiz und ihre andere Verfassung und auch die anders gearteten Menschen zur damaligen Zeit zu verstehen suchen, um zu sehen, daß das schweizerische Reformationswerk seine Besonderheit und Eigenart hatte. Kein Entstehungsgeschicht schon!

Zwingli und Luther haben als Reformatoren das gemeinsame, daß sie bei aller geistigen und religiösen Tiefe und Beweglichkeit doch keineswegs an ein Sichauflösen, an Ungehorsam gegen die „Mutter Kirche“ gedacht haben, die sie — im Gegenteil — hoch und aufrichtig ehren und verehren. Aber beide haben auch das gemein, daß sie sich aus dem Humanismus der Zeit — Luther bei den Erfurter Augustinern — Zwingli bei Erasmus und den Zürichern und Baslern (Wölffli) folgerichtig und entschlossen (im Gegensatz zu anderen Humanisten) zu den Quellen, zum Evangelium hin entwickelten, daß sie in ihm ihre Glaubensgewißheit, ihr Seelenheil fanden, das sie weder in den Lehren und Uebungen der Kirche, noch im humanistischen „philosophischen Gehalt Christi und seiner Lehre“ gefunden hatten.

Im religiösen Grunderlebnis also gleichstehend, ist Luther doch der sich rascher Entwickelnde, obwohl er nur ein Jahr älter ist als Zwingli (geboren zu Wildhaus am 1. Januar 1483). Wir wissen auch, daß Luther es gewesen ist, der den Züricher Leutpriester erst zu entschiedener Abkehr von allem papistischen Unwesen und zur energischen Durchführung der Reformation der Züricher Kirchengemeinde getrieben hat (seit 1520).

Zwingli stammt im Gegensatz zum armen Bergmannssohn aus Gisleben aus einem angesehenen Toggenburger Geschlecht. Sein Vater war Amtmann zu Wildhaus, sein Onkel Pfarrer daselbst, hernach zu Wäfen am Walensee, wo er im ländlichen Pfarrhause erzogen wurde. Der Bruder der Mutter (einer geborenen Margarete Meili) war Abt eines Benediktinerklosters. Kirchlicher Sinn war somit dem für Gottes Offenbarungen in der herrlichen Natur und von heißer Liebe für seine schöne schweizerische Berge und Alpenwelt entflammten Knaben- und Jünglingsherz gleichsam mit in die Wiege gelegt. Wie Luther seine „lieben Teutschen“ kannte und liebte und zu allen Opfern für sie bereit war, so Zwingli seine „von Herzen geliebten Eidgenossen“, mit denen er hernach den Heldentod teilte.

Des aufgeweckten Knaben ersten Unterricht erteilt der Onkel in Wäfen. Hernach kam er nach Basel und Bern auf das Gymnasium. Hier hatte der Humanist Wölffli großen Einfluß auf Zwingli. Er war es auch, der ihn den Berner Dominikanern abspenstig machte — seine wunderbare Stimme ließ ihn für den Chor des Umwerbens wert sein — und ihn veranlaßte, ins Ausland, d. h. nach Wien auf die Universität zu gehen.

Was schon die Alten als erstes Erfordernis zur Erlangung der wahren Weisheit ansahen: non jurare in verba magistri — war auch unserem Jüngling eigen. In seinem herrlichen Zwingli-Roman berichtet uns Emanuel Sticksberger ein Gespräch, das Zwingli hernach mit seinem Kardinal hatte (S. 75): „... Ob ich mich auch von Jugend auf gerne mit göttlichen und mit menschlichen Dingen bekannt machte, habe ich mich doch nie einem Lehrer so angeschlossen, daß ich seinerwegen das zurückgewiesen hätte, was andere etwa an Einsicht vor ihm voraus hätten. Ist nicht die Gesamtheit der Weisen und Frommen ein Gastmahl, zu welchem jeder von ihnen sein Gericht und seine Würze mitteilt? Ich halte für mein eigen, was irgend von andern geschrieben ist, so wie Sokrates den Weisen ein gemeinsames Gut nannte. Keinem allein ist jegliche Kenntnis eigen, und die des einen soll dem Besten des andern dienen.“

Seit 1502 finden wir Zwingli dann wieder bei den Humanisten in Basel, wo er Erasmus von Rotterdam kennen lernt; zunächst in den Schriften des großen Humanisten und Kirchenreformfreundes, hernach auch per-

sönlich (Erasmus läßt das griechische Neue Testament zu Basel drucken). Zwingli studiert nun eifrig Griechisch und vertieft sich ins Neue Testament, in die Kirchenväter, besonders Augustinus. Aber in allem gilt ihm als Humanist bei allem Wünschen einer Reform des Studiums der Theologie und auch der Verfassung seiner Kirche der Thomas von Aquino als unumschließliche Wahrheit.

Nachdem Zwingli mit 22 Jahren bereits die Magisterprüfung abgelegt hat, wird er Lehrer und Pfarrer zu Glarus, wo er ein Jahrzehnt im Dienste seiner Kirche wirkt. Bei seinem Bibelstudium kommt ihm aus des Paulus, Johannes und Augustinus Schriften manche Erleuchtung.

Zwinglis erstes Auftreten in der Öffentlichkeit erfolgte in einem Sermon: „Wider das Reislaufen“, d. h. das Soldnehmen seiner Schweizer im Kriegsdienste Frankreichs,

im Großmünster und in der „Prophezei“, d. h. der Morgenversammlung der Geistlichen und jungen Studierenden, nicht allein wie üblich die Perikopen im alten kirchlichen Sinne auslegte, sondern fortlaufend über das Matthäusevangelium predigte in erwecklicher Art. Der Zulauf aus Zürich und der Umgegend wurde gewaltig. Zwingli freute sich dessen in Demut, „daß Gott den Leuten so heimlich und freundlich wurde, daß sie sich nichts mehr aus Heiligen machten und ihre Gebetlein zu allen Notheiligen fallen ließen...“

Kehler schildert uns den Zwingli der damaligen Zeit folgendermaßen: „Eine kräftige, große Person, schön im Äußern, von Gesicht rotfarben und freundlich im Wesen. Im geistlichen und weltlichen Handeln klug und vorsichtig, ratshäßig und ehrbaren Wandels, im Brauch des Saitenspiels wohlwundernd und seine Erholung bei ehrfamen Gastereien unter den Leuten suchend.“

So wird Zwingli zum Züricher Reformator. Der äußere Anlaß war, daß sich nach seinem Vorbilde manche Leute in der Fastenzeit 1522 entgegen dem kirchlichen Gebot den Genuß von Fleisch gestatteten und beim Rat und der Geistlichkeit angezeigt wurden. Zwingli schrieb eine Verteidigungs- und Rechtfertigungsschrift: Vom Erkiesen und Freiheit der Speisen, in der er sagt, daß alle äußere Fasten und Werkgerechtigkeit nichts gelte vor Gott, sondern daß es auf die Stellung des Herzens, auf Vertrauen und rechten Glauben allein ankäme, um vor ihm gerecht zu sein.

Statt der bisher geduldeten humanistischen Reformreligion wurde Zwingli immer entschiedener in seiner Wortverkündigung der Rechtfertigung aus Glauben. Langsam fiel ihm der ganze Rat zu. Meßopfer, Heiligtümer und Prozessionen kamen immer mehr in Fortfall. Orgeln, Altäre und Beichtstühle wurden aus den Kirchen entfernt. Das Abendmahl wurde unter beiderlei Gestalt (Brot und Wein) an alle Gläubigen ausgeteilt. Hatte Zwingli schon 1520 die päpstliche Pension abgelehnt, so trat er nun in der berühmten „Züricher Disputation“ mit seinen schriftgemäßen „Schlußreden“ und „Auslegungen zu den Schlußreden“ auf, in denen er die Hauptpunkte der abweichenden reformatorischen Lehre gegen die Mißbräuche der Kirche und Hervorkehrung des evangelischen Glaubens mit Schriftzeugnissen vorlegte. 1524 vermählte er sich auf dringendes Ersuchen des Rats, um allem bösen Gerüchte ein baldiges Ende zu machen, mit der ehrfamen Bürgerstochter Anna Reinhard, die ihm eine treue und tatkräftige Gehilfin ward, namentlich in Seelsorge und Armenpflege.

„Disputationen“ in den anderen Kantonen brachten in der Kirchenspaltung keine münchenswerte Einigung. Der alte und der neue Glaube standen sich in den einzelnen Kantonen bald genug feindlich gegenüber. Schon 1524/25 drohte ein Krieg zwischen dem dem Evangelium zugewandten Kantonen und den fünf Urkantonen, die zur Beibehaltung und Verteidigung des alten Glaubens sich zu einem Schutz- und Trugbündnis zusammengeschlossen hatten.

Dadurch, daß außer Basel, Stadt und Land, sich Bern und die oberdeutschen Städte (Straßburg u. a.) an Zwingli angeschlossen, erstarkte sein Einfluß gewaltig. Zu gerne hätte der Reformator mit den Eidgenossen und den Evangelischen im Reich, in Europa ein großes Schutz- und Trugbündnis zustande gebracht. Von einem solchen Bündnis meinte er wohl: „Und alles wäre dann ein Sach, ein Hilf, ein Wille vom Meer herauf bis in unser Land.“

Aber schon zeigte sich bald, daß nicht einmal unter den evangelischen Fürsten und Ständen im Reich ein solches Bündnis zu erreichen war. Mochte der Landgraf Philipp von Hessen auch zunächst einmal unter den evangelischen Fürsten Deutschlands tätig sein; mochte er Luther und Zwingli auf sein Schloß zu Marburg zum bekannten Religionsgespräch von 1529 einladen, eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Zwingli äußerte, daß er mit niemand sich so gerne einigen wollte, als mit den Lutheranern, und Luther fand, daß die Schweizer denn doch einen anderen Geist hätten als er und die Seinen. So konnte man sich in dem einen letzten Punkte der 15 Thesen nicht einigen, nämlich hinsichtlich des Abendmahls und seiner Bedeutung nach der Schrift. Während Luther nämlich dabei blieb: Dies ist mein Leib... ist mein Blut, wollte Zwingli in Anlehnung an des Holländers Cornelis Hoen Auslegung dabei bleiben: es bedeutet — mein Leib, ... mein Blut. Das Abendmahl sollte nur Gedächtnismahl sein...

So wurde aus dem großartigen Plan eines evangelischen Weltbundes leider nichts. Wie ganz anders hätten die Evangelischen dagestanden, wenn er zustande gekommen wäre. Mittlerweile hatten sich die katholischen Urkantone mit dem Herzog Ferdinand von Oesterreich zusammengeschlossen, um sich mit Waffengewalt der „Neuerer“ zu erwehren. Aber 1529 mußten sie sich ver-

Dein Tag.

Dünkt dir dein Tag nur wie ein Spiel,
das dir ein Wind im Scherz geschenkt,
gedankenlos, ohn alles Ziel,
dann bist du arm, hast gar nicht viel —
empfindest jeden Tag als Last
und stehst in ihm als fremder Gast,
der nur in blindem Zufall denkt.

Und ist dein Tag dir wie ein Gut,
von Gott geschenkt als teures Pfand,
dann blüht empor dein heller Mut,
weckt Seele, Geist und Leib und Blut
als Opfergabe — Gott zum Dank.
Und all dein Tun tönt wie Gesang
Licht spendend durch dein Erdenland.

O schöner Tag, nun bist du mein,
zur Wahrheit wird, was Scherz und Schein;
was blindem Zufall zugehört,
ist nun durch Gottes Hand gemacht.
O schöner Tag, du Tag voll Licht,
aus dir grüßt Gottes Angesicht.

Ernst Frank.

modurch eine allmähliche üble Vermilderung der Sitten in seiner Heimat einriß, die er tief beklagte. Freilich war auch Zwingli damals in des Papstes und Oesterreichs Diensten bis nach Italien als Feldprediger gekommen, wo für er vom Papste zur Belohnung seines männlichen Eintretens für den Papst im Kampfe gegen Frankreich ein Jahresgehalt von 50 Gulden bekam. Ebenso unbedenklich, wie er die Pension annahm, ließ er sich auch damals einen Ablassbrief ausstellen.

Als die franzosenfreundliche Partei zu Glarus die Oberhand bekam, mußte Zwingli weichen. Er ging nach dem wegen seines schwarzen wunderbaren Marienbildes viel besuchten Wallfahrtsort Maria Einsiedeln, wo er als Leutpriester, d. h. mit Predigt und Seelsorge beauftragter Geistlicher, viel Ruhe zum Studium der Humanisten, der Heiligen Schrift, aber auch des Lebens und Treibens am Wallfahrtsort hatte. Des Erasmus „reine Philosophie Christi“ wurde ihm allmählich unbefriedigend; je mehr er selber die Schriften des Paulus verstand; zumal dieser Gelehrte den gemeinsamen Freund Ulrich von Hutten, der krank und flüchtig und hungrig bei ihm angeklopft hatte, von sich gewiesen und verleugnet hatte. Jetzt zog sich Zwingli von Erasmus und dem Humanismus mehr und mehr zurück.

Bald trat der Leutpriester gegen ärgste Auswüchse, namentlich gegen den Ablasskrämer Samson, den Franziskanermönch, auf. Daß er die Klosterinschrift: Hier ist Ablass von Schuld und Strafe für alle Sünden — entfernt und die Reliquien des Wallfahrtsortes begraben hätte, gehört ins Reich der Legende. Aber daß er sich mit seinem reformatorischen Vorgehen gegen die Kirche nicht in Gegensatz zu ihr brachte, daß ihm der Erzbischof im Gegenteil beistand, ihn zu höheren Würden und Ämtern in der Kirche empfahl, ist erwiesen. Es ging ihm darin doch wesentlich anders als dem deutschen Reformator Luther. Bald wurde er denn auch als Leutpriester an das Münster zu Zürich berufen. Hier entfaltete er eine segensreiche Tätigkeit in Predigt und Seelsorge, indem er den Leuten

pfllichten, das Bündnis mit Oesterreich aufzugeben. Der Schmalkaldener Bund kam glücklicherweise zustande. Jetzt hielt Zwingli den Augenblick des machtvollen Eingreifens für die Schweiz gekommen. Allein er mußte bald die Erfahrung machen, daß er außer von den deutschschweizerischen Kantonen kaum Hilfe bekam. Selbst Bern, wo nach der berühmten Tagfagung von 1528 die Reformation Fuß gefaßt hatte, unterstützte nur mit Geld. Die kaum 2000 Mann Züricher Krieger waren aber dem Ansturm der katholischen Eidgenossen nicht gewachsen. So mußte die Schlacht bei Kappel am 11. Oktober 1531 für die Evangelischen verloren gehen. Zwingli, der wie in Lehre, so im Leben bei den Seinen aushalten wollte, war mit Harnisch und Schwert unter ihnen, tröstend und ermahnend und anfeuernd zugleich. Bald wurde er mehrfach verwundet, schleppte sich noch unter einen Baum, wo ihn ein Söldnerhauptmann zu Tode brachte. Sein Leichnam wurde gefunden, gevierteilt und verbrannt.

Die Katholischen hatten gesiegt. Sie führten strenge Zucht und Ordnung bei sich durch, um das Hinüberwechseln im Glauben zu verhindern. Jeder konnte seinen Glauben wählen. Aber in der Folge zeigte sich, daß die Reformation der Schweiz durch die Kappeler Niederlage nicht gefährdet noch weiter aufzuhalten war.

Denn Zwingli behielt recht: Nicht die Autorität der Kirche, die älter sein will als der Apostel und des Herrn Wort, schaffen das Gute; sondern Gottes Wort als Offenbarung des großen Gottes allein tut's; wie geschrieben steht: „Er muß wachsen!“

Literatur:

- G. Jönsler, Ulrich Zwingli. Zürich 1918.
H. Hug, Ulrich Zwingli. Glanures d'histoire de la Réformation en Suisse orientale. Lausanne 1931.
E. Stichelberger, Zwingli. Roman. Zürich und Stuttgart 1925.
v. Walter, Zwingli-Aussatz im Evgl. Päd. Lexikon. Bielefeld und Leipzig, vierter Band 1931.
D. Clemen, Kirchengeschichtliches Quellenheft Nr. 13: Darin „Schlußreden“, „Auslegung und Begründung der Schlußreden“, „Kommentar der wahren und falschen Religion“, „Lehrbüchlein“ von 1523: Wie man edle Jünglinge heranbilden soll — und das Lied für den ersten Kappeler Krieg: Herr, nun heb den Wagen selbst (im Original).

Erweiterter Rückblick aus dem Jahre 2000.

Eine Revolutionspsyche.

Es ist schon vielfach darauf hingedeutet, daß die Weltwirtschaftskrise, in der wir stecken, nur darauf zurückzuführen ist, daß wir in der Volkswirtschaft das Hauptgewicht auf die „Wirtschaft“ und nicht auf das „Volk“ legen. Und selbst da, wo man angibt, den Dienst am Volke voranzustellen, geschieht es nur immer unter der Voraussetzung, durch Hebung der Wirtschaft diesen Dienst zu vollziehen. Aber gerade die umgekehrte Anschauung, daß nämlich durch Hebung des Volkes der Wirtschaft gedient werde, dürfte die erfolgversprechendere sein, auch wenn man uns scheinbar das Gegenteil beweisen kann, daß nämlich nach dem heutigen Stande unserer kulturellen Entwicklung eine geistige Hebung des einzelnen nur zur Verelendung führt.

Eigentümlich ist es, daß auf diese Entwicklung der Dinge schon lange hingewiesen ist und noch wird. So entwirft der Amerikaner Bellami in seinem Buche „Rückblick aus dem Jahre 2000“ eine treffende Schilderung unserer Kultur und ihrer Schäden.

Bellami erzählt von einem jungen Bostoner Bürger, der sich im Kellergerstschloß seines Hauses einen schallstilleren Raum aus Beton bauen ließ und sich hier des öfteren in hypnotischen Schlaf versetzte. Eines Abends schied er wiederum seinen schwarzen Diener zu dem Professor, der die Hypnose vollzog. Dieser kommt, hypnotisiert ihn, vergibt aber, ihm den Auftrag zu geben, am andern Tage zu einer bestimmten Stunde wieder zu erwachen. An demselben Abend reist er nach Südamerika ab, da er dort Stellung erhalten hat. Unglücklicherweise brennt in derselben Nacht das Wohnhaus des Bostoners ab, wobei der schwarze Diener tödlich verunglückt. Niemand weiß etwas von dem Aufenthalte des jungen Bostoners, man glaubt, er sei verbrannt und so schläft er seinen hypnotischen Schlaf in dem unterirdischen Gemach ruhig weiter.

Im Jahre 2000 will sich ein Bostoner Arzt in seinem Garten ein Laboratorium bauen lassen. Bei den Erdarbeiten stoßen die Arbeiter auf die Wände eines Zementblocks, finden den Eingang, und als geöffnet wird, den schlafenden jungen Mann aus dem Jahre 1858. Da man zu dieser Zeit eine Methode kennt, längere Zeit in hypnotischen Schlaf versetzte Personen ins Leben zurückzurufen, vollzieht dieses der Arzt und nun entspinnt sich eine Erzählung zwischen dem Arzt und seinen Angehörigen aus dem Jahre 2000 und dem jungen Bostoner aus dem Jahre 1858, der natürlich wähnt, am vorhergehenden Tage erst eingeschlafen zu sein.

Bei dieser Unterhaltung sagt der Bostoner Arzt u. a. folgendes: Bekannt ist uns aus euren Tagen eine Episode aus dem Kriege der Engländer gegen die Indianer. Die Indianer nahmen eines Tages eine Schar englische Soldaten gefangen. Diese Schar war als außerordentlich tapfer bekannt, die die Kameradschaft pflegte, Disziplin besaß, kurz und gut alle soldatischen Eigenschaften, die sie zu einer hervorragenden Truppe machte.

Diese Truppe wurde von den Indianern in einen luftdicht abzuschließenden Raum gesperrt, in dessen hoher Decke sich ein kleines Luftloch befand, durch das nur soviel Luft in den Raum gelangte, die nur für wenige genügt hätte. Als nun die Luft knapper und knapper wurde, da

verwandelte sich die Furchtlosigkeit der Truppe in Todesangst, die Tapferkeit in Feigheit, die Kameradschaft in Konkurrenzneid, die Disziplin in Unbotmäßigkeit. Jeder von ihnen beanspruchte das Lebensnotwendige an Luft für sich und so gingen sie kämpfend auseinander los. Die Schwächeren wurden zuerst zu Boden getreten und von ihren Leichen aus erhofften die Stärkeren näher an die Luftquelle zu kommen, ohne zu bedenken, daß die Leichen der zu Boden Getretenen nun auch ihnen die Existenz unmöglich machten.

Hierzu bemerkte der Bostoner Arzt: „Und das nanntet ihr eure hochentwickelte Kultur des 19. Jahrhunderts!“ Er will also damit sagen, daß die durch äußere und innere Mächtschaften in ihrer lebensnotwendigen Entwicklung gehinderten Völker wie auch Einzelpersonen aller Kultur verlustig gehen und sich in diesem Zustande unglücklicherweise gegeneinander bekämpfen anstatt die Verhältnisse, die ihnen die Lebensmöglichkeiten rauben.

Diesen Rückblick aus dem Jahre 2000 kann man erweitern, indem man den heutigen Verhältnissen folgende Anschauung zugrunde legt:

Da kam des Weges daher, der an dem Gefängnis vorbei führte, ein Geistlicher. Als der die tobende Meute hörte, sprach er, die Ursache ihrer Unkultur ist der Mangel an Religion. Ich will hinein gehen und ihnen das Wort Gottes verkünden. Und er ging hinein und sprach also: Ihr Männer, liebe Brüder, es steht geschrieben, du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst. Schon aber verpirte auch er den Luftmangel und drängte sich näher zur Luftquelle. Da aber brüllte die Meute: „Seht da, er glaubt selber nicht, was er andern lehrt!“ Und sie traten ihn unter die Füße.

Zum andern kam des Weges ein Offizier. Als der das Geschrei hörte, sagte er, das kommt davon, den Leuten fehlt jede Disziplin, ich will hineingehen und sie ihnen beibringen. Und als er eingetreten war, kommandierte er: „Angetreten! Nicht euch! Stillgestanden!“ Da aber verspürte auch er den Luftmangel und als er merkte, woher er mehr bekommen konnte, drängte er dahin und brachte damit die Truppe selbst wieder in Unordnung. Da schrie man ihm entgegen: „Warum willst du uns eine Ordnung beibringen, der du dich selbst nicht unterwirfst? Wir verweigern den Gehorsam.“ Und sie traten auch ihn unter die Füße.

Kommt des Weges daher ein Generaldirektor. Als der die tobende Menge hört, spricht er, die Leute verstehen nicht, das wenige, das sie haben, nutzbringend anzulegen, ich will hineingehen und sie organisieren. Und als er eingetreten war, sprach er: „Ihr lieben Leute, wenn man eine Ware nicht in genügender Menge hat, muß man eben rationalisieren. Um rationalisieren zu können, muß man organisieren und um organisieren zu können, muß man numerieren. Da ich euch nun alles vormachen muß, erhalte ich Nr. 1 und die andern die übrigen Nummern. Ihr tretet an, die letzte Nummer zu unterst, die übrigen darauf und oberhin Nr. 1.“ Die letzte Nummer mußte nun nicht nur die ganze Last tragen, sondern dazu noch den notwendigen Lebensbedingungen entsagen, und da es der Schwächste war, (der am wenigsten zu sagen hatte, sich also zuerst unterordnen mußte), brach er zusammen und mit ihm die ganze Organisation. Die enttäuschte Menge aber wandte sich geschlossen gegen den Organisator und trat auch ihn unter die Füße.

Sinnend steht am Wege ein junger Mann, Parsival. Er versteht nichts von dem Können der andern, wundert sich aber über den Unsinn, den sie treiben. Mit den Worten, die armen „Menschen“ geht er auf die Tür des Gefängnisses los und will sie öffnen, um die Bedrängten zu befreien. Da aber brüllen die „Zuschauer“, die sorglos und in vollen Zügen die „frische Luft“ genießen: „Zu Hilfe, der Narr will die Wahnsinnigen befreien, der Tor bringt uns die Revolution!“ Und sie fesselten ihn.

Im Laufe der Zeit gelang es jedoch Parsival, dem „Tor“, sich zu befreien und auch die Tür des Gefängnisses zu öffnen. Mit verzerrten Gesichtern stürzten die Gefangenen heraus, aber nicht auf die Umstehenden, wie diese mit ihrem bösen Gewissen glaubten, sondern als sie sich in den für ihre Entwicklung nötigen Lebensraum versetzt sahen, verklärte Freude die Gesichter und sie fielen sich um den Hals und waren wieder, was sie früher waren, ausgezeichnete Menschen. Und siehe da, sie riefen aus sich heraus den Geistlichen herbei, daß er ihnen das Wort Gottes verkünde, und den Offizier, daß er sie wieder zu jener glänzenden Truppe mache, und den Generaldirektor, um wieder ein organisches Ganze zu werden. Das, was sie in der Bedrängnis abgelehnt hatten, war ihnen nun Bedürfnis.

Parsival aber sprach: „Ihr Fachleute, die ihr wähnt, daß es für Euch vorteilhaft und Eures Berufes würdiger sei, wenn Ihr den in Bedrängnis lebenden Menschen eure Entwicklung bringt, Ihr seid auf dem falschen Wege. Gebt zuerst den Menschen eine eigene, uneingeschränkte Entwicklungsmöglichkeit, dann wird auch eure Entwicklung begehrt und damit eure Entwicklungsmöglichkeit gesteigert. Der andere Weg aber führt zu Unkultur und Revolution und damit zum Untergange.“

Das Gleichnis ist mehr als eine Erzählung. Beachten wir nur einmal die Entwicklung und den Untergang der Völker sowie einzelner Gesellschaftsschichten, so werden wir sehen, wie ihre Ursachen in jenem Gleichnis sehr wohl begründet sind.

Vor etlichen Jahrhunderten war Südafrika eine Verbrecherkolonie der Holländer. Alle holländischen Schwerverbrecher wurden dorthin gebracht und ausgelegt. Nun sollte man meinen, die Nachkommen dieser Schwerverbrecher, die Buren, könnten notgedrungen nichts anderes sein als ein Verbrechervolk. Was hat jedoch die freie Entwicklungsmöglichkeit aus diesen Menschen gemacht?

Im Kriege der Engländer gegen die Buren hatten die letzteren an einem Sonntag Gelegenheit, das ganze englische Heer zu vernichten. Da es ihnen aber religiöses

Gebot war, du sollst den Feiertag heiligen, unterließen sie den Kampf, selbst auf die Gewißheit hin, nun nicht mehr der Engländer Herr zu werden.

Nehmen wir die Provinz Blumenau in Brasilien. Vor 70 Jahren kommt Dr. Blumenau aus Braunschweig in den brasilianischen Urwald, eine Gegend, die bis dahin noch keines Menschen Fuß betreten hatte, und siedelte sich mit 18 Begleitern dort an. Heute ist die Provinz so groß wie die Provinz Hessen-Rhessau und wird von 60 000 Menschen bewohnt. Diese haben den Urwald vollständig ausgerodet und große künstliche Wälder angelegt. Hunderte von Kilometern lange Kunststraßen sind gebaut, wie auch Städte und Dörfer. Das eigentümlichste jedoch ist, daß die Bewohner, die uns „zivilisierten“ Menschen als Auswanderer doch verdächtig vorkommen, keine Polizei, keine Landräte, Regierungsräte usw. kennen. Sie verwalten sich vollständig selbst, und wenn sie im Sommer auf den Feldern zu tun haben, bleibt niemand im Hause, ohne daß sie deswegen Tür, Tor und Fenster schließen würden.

Man vergegenwärtige sich einmal, welche Entwicklung dagegen 18 Arbeiter in einer europäischen Großstadt in 70 Jahren herbeigeführt hätten?

Wenn es nun feststeht, daß die mit sachmännischen Mitteln und Methoden beeinflusste Entwicklung in bedrängten Verhältnissen lebender Menschen zur Revolution führt, weil sie auf Eigennutz aufgebaut ist, die Herbeiführung einer persönlichen Entwicklungsmöglichkeit und — Freiheit, also Evolution, sich aber segensreich auswirkt, warum gibt man dann noch Geld zur Herbeiführung von Revolutionen aus und nichts zur Herbeiführung von Evolutionen? Dann würde in der Volkswirtschaft das Volk an erster Stelle stehen, die Wirtschaft aber an zweiter Stelle und trotzdem würde sie eine vorteilhaftere sein, als sie es heute ist.

Arthur Post.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

R. König, Ed.: Das Buch Hiob. Eingeleitet, überfetzt und erklärt. VIII, 510 S. 1929. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh. Preis geb. 22.— R.M.

Der Gelehrte gibt mit diesem Werk einen wertvollen Beitrag zu der wissenschaftlichen Erforschung des in vieler Hinsicht dunklen Buches Hiob. Er täuscht sich wohl nicht, wenn er feststellt, daß dieses Buch seit dem unglücklichen Ausgang des Weltkriegs unter den Büchern des Alten Testaments im Vordergrund des Interesses stehe, wie er auch recht haben mag mit der Annahme, daß das Buch Hiob in ähnlicher Zeitlage geschrieben worden sei, nämlich zu der Zeit Jeremia's, wo das Königreich Juda vernichtet wurde. So hofft denn König, daß seine Hioberklärung dazu helfe, daß „die große Frage nach der Vernünftigkeit des Uebels im Naturbestande und nach der Zweckmäßigkeit des Leidens im Geschichtsverlauf immer mehr eine weißlichende Beantwortung finde.“

Die Grundfrage des Hiob steht König im Problem des Leidens, und die Lösung umschreibt er mit den Worten: „Ein Blick auf die vielen Geheimnisse der Weltentstehung und des Weltbestandes muß uns lehren, daß neben der Allmacht auch eine übermenschliche Intelligenz und Güte im Hintergrunde des Weltalls thronen. Zu dieser Intelligenz und Güte muß man also auch Vertrauen hegen, daß sie zu einem vernünftigen Zwecke auch Uebel unter die Momente des Weltbestandes und Weltgeschehens gemischt hat und mischt.“ Weil diese „in Kap. 38 ff. gegebene Entfaltung schon einmals manchem als zu wenig deutlich erschien, kann ein Schriftsteller zu dem Entschluß, eine mehr greifbare Motivierung solchen Leidens vorzutragen, und führte diese Uebertreibung so aus, daß er Elia aufzutreten ließ und in dessen Reden das Leiden wesentlich als ein Mittel zur Erziehung des Menschen kennzeichnete. Noch ein anderer hat das Leiden frommer Menschen nicht auf Gott zurückführen zu dürfen gemeint und hat deshalb den Widerfacher (den Satan) als den Anreger solchen Leidens auftreten lassen, wie im jetzigen Prolog (1. 1–2, 10) vorliegt.“

Ich halte den Beweis dieser letzten These über die spätere Abfassung oder Abänderung des unglücklicherweise sogenannten Prologs nicht für gelungen, und — was wichtiger ist — weder Königs Formulierung des Hiobproblems noch seine Umschreibung der Lösung für zureichend. Das könnte ich natürlich nicht sagen, wenn mich seine Uebersetzung und Deutung der einzelnen Worte und Verse überall überzeugt hätte. Trotzdem sehe ich in seinem Werk eine bedeutende und wertvolle Leistung, an der heiner, der das Buch Hiob wissenschaftlich erforschen will, vorbegehen sollte. Denn König bestätigt in diesem Buch aufs neue seinen Ruf, einer der hervorragendsten, wenn nicht überhaupt der beste Kenner der hebräischen Sprache unter den jetzt lebenden Alttestamentlern zu sein. Zudem verfügt er über ein ungewöhnlich großes und gründliches Wissen auf den verschiedensten Gebieten. Und diese Gelehrsamkeit stellt er nicht einseitig in den Dienst der eigenen Meinung, sondern er bemüht sich in vorbildlich ausführlicher und gleichmäßiger Weise, alle Auffstellungen, die in der Gegenwart von andern Gelehrten nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Amerika, Holland, Frankreich über das Buch Hiob erschienen sind, „mit Grund und Gegengrund zu beleuchten.“

R. König, Ed.: Die Wahrheit der alttestamentlichen Religion. (Beitr. z. jüd. christl. Theol. 32.5.) 56 S. 1929. Preis 2.— R.M. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh.

In aktueller Auseinandersetzung mit Vertretern der heutigen alttestamentlichen Wissenschaft tritt hier der Senior der theologischen Akademiker für die Glaubwürdigkeit der Religion des Alten Testaments und der sie bezeugenden Urkunden ein und zeigt zugleich, welches nach seiner Meinung die rechte wissenschaftliche Fragestellung und Methode für die Erforschung des A. T. ist. Die jüngeren Alttestamentler werden gut daran tun, das, was König in dieser Streitschrift sagt, zu beachten, wenn es ihnen auch nur einen beschränkten Dienst tun kann.

Dalman, Gustaf: Jerusalem und sein Gelände. Mit 40 Abbildungen und einer Karte. X, 390 S. 1930. Preis geb. 22.— R.M. Verlag Bertelsmann, Gütersloh.

Dreißig Jahre der Beschäftigung mit der heiligen Stadt liegen hinter diesem Buche. In dieser Zeit hat der Verfasser mit hervorragender Sachkenntnis alle erdenklichen Beobachtungen, Untersuchungen, Erkundigungen an Ort und Stelle sowie in der Literatur angestellt, um jetzt eine allseitige Beschreibung des Geländes von Jerusalem zu bieten: A. Die Höhen. B. Die Täler. C. Die Wege. D. Die Wasserversorgung. Der Ausgangspunkt ist dabei vom heutigen Befund genommen, in der Uebersetzung, daß das immer gleiche Relief der Landschaft Jerusalems für die Erkenntnis seines geschichtlichen Wesens von Bedeutung ist. Im Rahmen der topographischen Beschreibung werden die zahlreichen Lokalfragen, welche die biblische Geschichte an die Hand gibt, erörtert. 23 Fliegerbilder und 17 Bodenaufnahmen dienen der Veranschaulichung. Eine gute Karte ist beigegeben.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.